

Bezugspreis:
Möblich 70 Goldpfennig, monatlich
4.— Goldmark voraus zahlbar. Unter
Kreuzband für Deutschland, Dänzig,
Sonder- und Westpreußen, Ostpreußen,
Litauen, Lauenburg 4.25 Goldmark,
für das übrige Ausland 4.50 Goldmark,
pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Volk und Welt“ mit „Sie-
lung und Kleingarten“ sowie der
Unterhaltungsbeilage „Schwermut“
und Frauenbeilage „Frauenstimme“
erscheint wochentlich zweimal,
Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:
Die einseitige Kopierbeilage
0,70 Goldmark, Reklameweile
1.— Goldmark. „Kleine Anzeigen“
das fertige Wort 0,20 Gold-
mark (auflässig zwei fertige
Wörter), jedes weitere Wort
0,10 Goldmark. Stellungsbeilage des
ersten Wort 0,10 Goldmark, jedes
weitere Wort 0,05 Goldmark.
Wörter über 15 Buchstaben zählen
für zwei Wörter. Familienanzeigen
für Abonnenten halbes Goldmark.
Eine Goldmark — ein Dollar geteilt
durch 4,50.

Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im
Druckerei-Büro, Berlin SW 68, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Geöffnet
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Sonnabend, den 28. Juni 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Postcheckkonto: Berlin 375 36 — Bankkonto: Direktion
der Distrikts-Gesellschaft, Postfach 110, Lindenstraße 3

Fast alle Ausweisungen aufgehoben.

Nachprüfung der Verurteilungen.

Paris, 27. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Ein neuer Beweis für die von uns wiederholt vertretene Behauptung, daß die neue französische Regierung in ihren der Bereinigung der internationalen Atmosphäre dienenden Handlungen bedeutend weiter geht, als es nach der durch die Rückföht auf die Opposition gebotenen Zurückhaltung gewisser Erklärungen Herriots den Anschein hat, ist die Durchführung der Amnestie in den besetzten Gebieten. Nachdem die Interalliierte Rheinlandkommission innerhalb kurzer Zeit allein in der ihrer Kompetenz unterstellten französischen Zone des linken Rheinuvers 15 000 Ausweisungsbefehle zurückgenommen und so etwa 60 000 Ausgewiesenen die Rückkehr in die Heimat ermöglicht hat, hat General Degoutte am Freitag die gesamten im Ruhrgebiet und im Brückenkopf von Düsseldorf ergangenen Ausweisungsbefehle mit ganz wenigen individuellen Ausnahmen aufgehoben. Weiterhin wird angekündigt, daß die Maßnahmen zur Aufhebung der wegen Beteiligung am passiven Widerstand verhängten Strafen bereits im Gange sind und die Akten aller derjenigen, die wegen als nichtpolitisch bezeichneten Straftaten verurteilt worden sind, einer neuen Prüfung durch die Befehlshaberbehörden unterliegen sollen, um die Amnestie noch weiter auszudehnen.

Paris, 27. Juni. (Eca.) Es wird folgende Information mitgeteilt: Da die Regierung in der Absicht, eine Entspannung herbeizuföhren, beschloffen hat, daß eine umfassende Begnadigungsmahnahme gegenüber den Personen getroffen wird, die aus dem besetzten Gebiet seit dem 11. Januar 1923 ausgewiesen worden sind, hat der Oberkommandierende der Befehlshaberarmee, General Degoutte, Bestimmungen getroffen, die die gleich-

zeitige Rückkehr mit einigen Ausnahmen aller aus dem Ruhrgebiet (französische Zone) und dem Düsseldorf-Brückenkopf Ausgewiesenen gestattet. Diese Entscheidung ist am 27. Juni dem Regierungspräsidenten von Düsseldorf mitgeteilt worden, damit er sie den Interessenten bekanntgibt. Im übrigen sind Maßnahmen der Strafunterbrechungen, denen aber die endgültige Begnadigung folgen wird, zugunsten derjenigen Personen erfolgt, die Verurteilungen wegen ihrer Teilnahme am passiven Widerstand erlitten haben. Was die strafrechtlich Verurteilten angeht, so werden alle ihre Akten einer neuen Prüfung unterzogen werden, damit die weitesten Begnadigungsmahnahmen gegenüber besonderen Einzelfällen ergriffen werden.

Aber immer noch Kriegesgerichtsurteil.

Mainz, 27. Juni. (Mtb.) Das französische Kriegesgericht verurteilte den deutschen Reichsangehörigen Jost wegen Aufreizung der Bevölkerung vor Argenthal gegen Befehlsmahnahmen zu drei Jahren Gefängnis. Drei junge Burschen aus Argenthal, die der Verbindung mit Jost beschuldigt wurden und antifröanzösische Sieder in einem Gasthof gesungen haben sollen, erhielten je ein Jahr Gefängnis.

Landau, 27. Juni. (Mtb.) Laut „Bundauer Anzeiger“ wurden die Kommunisten Brühl und Halbgewach aus Kaiserslautern, die eine kommunistische Wahlversammlung einberiefen, in der ein Redner aus dem Saargebiet sich über verbotene politische Fragen verbreitete, je zu acht Tagen Gefängnis verurteilt.

geeignete Mahnahmen ergreifen könne, um den Sachverständigenplan zur Ausführung zu bringen. Es sei

zu wünschen, daß Deutschland von dem gleichen Willen befeelt sei, wie alle Alliierten, nämlich das Sachverständigengutachten so schnell wie möglich zur Ausführung zu bringen,

und insolgedessen noch vor dem 16. Juli die gesetzlichen Mahnahmen zur Annahme zu bringen, die in dem Sachverständigengutachten vorgesehen seien. Im gegenteiligen Fall sei es klar, daß die Londoner Konferenz an Ruhen verliere. Bereits jetzt seien die alliierten Kanzleien im Begriff, sich über die Vorbereitung der Konferenz zu einigen. Herriot erklärte schließlich nochmals, daß nunmehr Deutschland das Wort habe.

Matteotti-Feier der Opposition.

Rom wallfahrtet zur Nordseite.

Rom, 27. Juni. (E.P.) Die Oppositionsgruppen haben sich unter dem Vorsitz des Abg. Turati (Soz.) zur Gedächtnisfeier für Matteotti um 10 Uhr im Monte Citorio (dem Parlamentsgebäude) versammelt und sich nachher an diejenige Stelle begeben, wo Matteotti gewaltsam entführt worden ist. Nach diesem Ort hat eine regelrechte Wallfahrt der römischen Bevölkerung eingesetzt. Heute morgen wurde ein Totenamt abgehalten. Große Mengen Blumen wurden an jener Stelle niedergelegt. Gleichzeitig wurde in der Hauptstadt während 10 Minuten jeder Verkehr und jeder Betrieb unterbrochen. Die Passanten blieben schweigend auf den Straßen und Plätzen mit entblöhten Häuptern stehen. Auch in Mailand verlief die Gedächtnisfeier für Matteotti ohne jeden Zwischenfall. Die sozialistischen Blätter widmen Matteotti lange Nachrufe.

Turatis Rede.

Rom, 27. Juni. (E.P.) Turati hat in seiner Gedächtnisrede für Matteotti u. a. ausgeführt, der Verschollene lebe im Herzen aller Guten wider. Sein Blut befruchte die Freiheit des Vaterlandes. Mit der Beseitigung Matteottis habe der Faschismus nach seinem eigenen Geständnis einen nicht wieder gutzumachenden Fehler begangen, Matteotti habe im Tode gestiegt. Er sei in der Versammlung zugegen, wogegen das Gebäude der Gegner zusammenstürzte.

Die britischen Flieger in Deutschland.

Auch sie stehen nicht über dem Gesetz.

London, 27. Juni. (E.P.) Die englische Regierung hat heute eine deutsche Note erhalten, worin erklärt wird, wenn die englischen Flugzeuge vom 1. Juli an sich nicht den Bestimmungen unterwerfen, denen die deutschen Piloten unterworfen sind, so würde ihnen die Landung nicht mehr gestattet werden. Die gegenwärtige Lizenz der englischen Flieger läuft mit dem 30. Juni ab. Die Note erklärt, daß die Lizenz nicht erneuert würde, wenn die englischen Flieger sich nicht den deutschen Vorschriften fügen würden.

Ob ein Kanaltunnel England-Frankreich gebaut werden darf, wird der britische Reichsverteidigungsausschuss begutachten. MacDonald wird den Vorsitz führen und hat auch die ehemaligen Minister der beteiligten Ressorts zu der Beratung eingeladen.

Deutsch-französische Realpolitik.

(Von unserem Pariser Korrespondenten.)

Paris, 26. Juni.

Das außenpolitische Programm der neuen französischen Regierung, wie es Herriot vor dem Parlament definiert hat, mag der deutschen Kritik manche Angriffsfläche bieten. Aber es wäre ein Fehler, darüber vergessen zu wollen, daß der politische Umschwung, der sich seit dem 11. Mai in Frankreich vollzogen hat, auch in der Richtung und Zielsetzung der französischen Außenpolitik und insbesondere in ihrer Einstellung zu Deutschland klaren und unzweideutigen Ausdruck gefunden hat.

Herriot hat unter die Politik seiner Vorgänger, die die Lösung des Reparations- und Sicherheitsproblems bewußt sabotiert haben, um sich einen Vorwand für die dauernde Besetzung der Rheinbrückenköpfe und einen Deckmantel für ihre auf die Loslösung des linken Rheinuvers von Deutschland gerichteten machiavellistischen Pläne zu schaffen, einen kühnen Strich gezogen. Vor die Wahl gestellt, zwischen einer Politik der nationalistischen Aspirationen und einer, den Realitäten der internationalen Situation ebenso wie dem Friedensbedürfnis der ganzen Welt Rechnung tragenden Politik des Ausgleichs und der Verständigung hat er sich entschlossen für die letztere entschieden.

Poincaré hatte geglaubt, die imperialistischen Ziele, die Clemenceau in Versailles gegen Wilson und Lloyd George nicht durchzusetzen vermocht hatte, auf Umwegen erreichen zu können. Herriot will die Erfüllung dessen, was Frankreich im Vertrag von Versailles zugesprochen erhalten hat, im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten, d. h. eine bis an die äußere Grenze der in dem Gutachten der Sachverständigen fixierten deutschen Zahlungsfähigkeit gehenden Reparationsleistung und die Lösung des Sicherheitsproblems, auf dem Wege der militärischen Ueberwachung Deutschlands und der im Friedensvertrag festgelegten Neutralisierung (d. h. dauernde Entwaffnung, Red. d. B.) des linken Rheinuvers, ergänzen durch internationale, unter der Kontrolle des Völkerbundes stehende Garantieverträge. Sicher, Herriots Politik ist keineswegs eine Politik des Verzichts; sie ist weit mehr eine Politik der praktischen Realisationen, aber unter Beiseiteschiebung aller Illusionen, die die Erfahrungen der letzten fünf Jahre als unerfüllbare Utopien gekennzeichnet haben. Anderes oder gar mehr von einer französischen Regierung erwarten zu wollen, wäre von deutscher Seite ein gefährlicher Selbstbetrug. Diese Politik unterscheidet sich von der Poincaréschen dadurch, daß sie

1. zum Friedensvertrag zurückkehrt, über dessen Forderungen Poincaré beträchtlich hinausgegangen war,
2. daß sie die Regelung der Reparationsfrage dem deutschen Leistungsvermögen anpaßt und so eine Liquidation der Deutschland auferlegten Schuld innerhalb eines absehbaren Zeitraumes ermöglicht,
3. daß sie die besetzten Gebiete von dem furchtbaren Druck der Poincaréschen Pfänderepolitik befreit,
4. daß sie die militärische Räumung der im Friedensvertrag okkupierten deutschen Gebietsstücke, der Ruhr und der drei unter Briand besetzten Städte Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort, in greifbare Nähe rückt und endlich
5. daß sie die im Friedensvertrag festgesetzten Laufzeiten für die Besetzung des linken Rheinuvers und der Brückenköpfe, die Poincaré ad infinitum hinausgeschoben wollte, wieder in Geltung setzt, derart, daß bereits zu Beginn des kommenden Jahres mit der Räumung des Brückenkopfes von Köln und seines Hinterlandes gerechnet werden kann.

Die deutsche Regierung und mit ihr das deutsche Volk wird durch diese Politik vor Entscheidungen gestellt, die schwer sind, die aber den Vorzug der Klarheit und absoluten Eindeutigkeit haben. Auch Deutschland hat nunmehr zu wählen zwischen einer Politik des nationalen Interesses und der von der Rechten gepredigten Politik der nationalistischen Propaganda, die dem parteipolitischen Egoismus die wahren Interessen der Volksgemeinschaft zu opfern bereit ist.

Was die Alliierten von Deutschland fordern ist hart. Die Annahme und lokale Erfüllung des Sachverständigenprogramms bedeutet schwere materielle Opfer, die die ohnehin bereits erdrückende Last des deutschen Steuerzahlers noch weiter steigern wird. Sie werden gebracht werden müssen aus dem Bewußtsein heraus, daß damit die Freiheit des deutschen Weltens, der heute unter der Fremdherrschaft der Sieger leidet, erkaufte wird. Aus dem gleichen Gedanken heraus muß das andere, für breite Volksteile noch schwerer erträgliche moralische Opfer gebracht werden: die Unterwerfung unter die militärischen Kontrollforderungen der Alliierten. Gewiß, es gibt für ein auf seine Freiheit und Unabhängigkeit stolzes Volk kaum etwas Demütigeres, als jahrelang sich die Einmischung der Sieger in seine eigenen Angelegenheiten gefallen lassen zu müssen, zumal da die völlige Abrüstung, die man Deutschland auferlegt hat, bisher in

Poincaré — kehre zurück!

Daß 60 000 Ausgewiesene aus der Zeit des Ruhrkampfes auf Veranlassung von Herriot die Genehmigung zur Rückkehr in die Heimat erhalten haben, bedeutet für die Deutschnationalen einen neuen schweren Schlag. Sie hätten es zu gern gesehen, wenn diese unglücklichen Opfer noch möglichst lange die Leiden der Verbannung hätten erdulden müssen. Jetzt aber ist den berufsmäßigen Patrioten gründlich in die parteipolitische Suppe gespuht worden. Immer deutlicher zeigt es sich, daß Herriot für die Deutschnationalen weit schlimmer ist als Poincaré. Wenn Herriot nämlich auf diesem Wege fortschreitet, wird es für die Westart und Genossen gar kein Geschäft mehr geben können. Ra, hoffentlich wird er durch poincaristische Intrigen doch bald gestürzt!

Die Verlegenheit der nationalistischen Blätter gegenüber der Mahnahme Herriots geht recht deutlich aus der Stellungnahme der „Deutschen Tageszeitung“ hervor. Die Rückföhrlaubnis ist in ihren Augen gar nichts, solange die 60 000 Mann nicht außerdem von Frankreich entschädigt werden!

Auf diese Art ist es natürlich sehr leicht, jede Mahnahme des Entgegenkommens als ungenügend hinzustellen. Der Verfasser dieser unverantwortlichen Hejereien, Herr Wilhelm Haack, sagt zum Schluß, es sei höchste Zeit „endlich wieder eine deutsche Politik zu treiben und einen deutschen außenpolitischen Willen zu zeigen.“

Herr Haack soll uns nur auf eine kurze, präzise Frage eine ebenso kurze und präzise Antwort geben:

Würde eine deutschnationale Regierung das Entgegenkommen Herriots — das übrigens ihr gegenüber niemals erwiesen worden wäre — mit der Forderung auf materielle Entschädigung der Zurückkehrenden durch Frankreich beantworten?

Wenn er das wirklich glaubt, dann erklären wir ihn für einen gefährlichen Karren.

Wenn er das aber nicht glaubt, dann erklären wir ihn für einen unverantwortlichen Hejere.

Ach, wie schwer ist es für deutschnationale Redakteure, seit dem französischen Umschwung Politik zu treiben! Poincaré, kehre zurück!

Deutschland hat das Wort.

Neue Erklärungen Herriots.

Paris, 27. Juni. (Eca.) Herriot erklärte heute abend Pressevertretern, er betrachte die falschen und tendenziösen Nachrichten, die ein Teil der Presse über seine diplomatischen Verhandlungen veröffentlicht hat, als leere und tote Buchstaben. Ueber die heutige Unterhaltung mit dem deutschen Botschafter bewahrte Herriot vollkommenes Stillschweigen und erklärte lediglich,

das Wort hat nunmehr Deutschland.

Die Absichten der französischen Regierung bezüglich der Ricum-Abkommen gingen nicht darauf hinaus, daß vor der Konferenz von London, die am 16. Juli zusammentreten soll, ein Zwischenzustand geschaffen werden solle. Das Interesse Deutschlands, wie das Frankreichs und Belgiens sei einfach, die Abkommen zu verlängern, so wie sie seinerzeit abgeschlossen sind, so daß die Londoner Konferenz nützliche Arbeit verrichten könne, d. h. schnell

keinem der anderen Länder von ähnlichen Maßnahmen gefolgt worden ist. Aber ist die Fremdherrschaft am Rhein und an der Ruhr, mit deren Abbau auch nach den neuesten Erklärungen der Regierungen Englands und Frankreichs nicht gerechnet werden kann, bevor Deutschland sich nicht einer letzten Kontrolle durch die internationalisierte Militärkommission unterworfen haben wird, weniger verlegend für die Ehre des deutschen Volkes als die Inspektionen eines Duzend fremder Offiziere in den deutschen Kasernen und Waffendepots? Das deutsche Volk hat sich allzu lange irreleiten lassen von den falschen und hohlen Ehrbegriffen gewisser führender Schichten, und es wäre eine Begriffsverwirrung mit geradezu katastrophalen Folgen, wenn jetzt eine deutsche Regierung durch ausschließlichen Widerstand gegen die jüngste Note der Botschafterkonferenz die in greifbarer Nähe gerückte Räumung der Ruhr und mit ihr die baldige Befreiung wenigstens eines Teils des linken Rheinufers aufs Spiel setzen würde. Nach dem Friedensvertrag läuft am 10. Januar 1925 die Frist für die Befreiung des Brückenkopfes von Köln und seines Hinterlandes ab, unter der Voraussetzung, daß Deutschland bis dahin die ihm im Friedensvertrag auferlegten Verpflichtungen erfüllt hat. Die von den Vorgängern der jetzigen französischen Regierung wiederholt vertretene These, daß die im Friedensvertrag festgesetzten Laufzeiten für die Okkupation angeht, ist von der englischen Regierung bisher nicht anerkannt worden. Was der rein imperialistische Ziele verfolgenden Politik eines Poincaré niemals gelungen ist, scheint die absolute ehrliche und loyale Verständigungsbereitschaft Herriots in London erreicht zu haben: die Zusage, daß England die Räumung der Kölner Besatzungszone von der Voraussetzung abhängig machen wird, daß Deutschland den Beweis für die tatsächliche zu Ende geführte Abrüstung erbracht hat.

Auf der einen Seite steht also auch für Deutschland die Politik der Realitäten; sie bedeutet die Unterwerfung unter die unvermeidlichen Folgen des verlorenen Krieges, läßt aber dem deutschen Volk die Möglichkeit zum Leben und mit der Freiheit die Aussicht auf einen raschen Wiederaufstieg. Auf der anderen Seite die Politik der nationalistischen Phrasen, die die Fremdherrschaft an Rhein und Ruhr verlängert, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten aufs neue zum Chaos steigern und das deutsche Volk den verhängnisvollsten politischen Abenteuern aussetzen muß. Die struppellose Demagogie deutschnationaler Maulhelden mag sich für die letztere entscheiden. Für eine ihrer Verantwortung bewußte deutsche Regierung aber darf und kann es kein Schwanken geben.

Die Schutzzölle kommen!

Landwirtschaftsdebatte im Reichstag.

Die gestrige Reichstagsdebatte brachte die lange vorbereitete Aussprache über die Agrarkrise. Nicht weniger als 37 Interpellationen und Anträge lagen zu Schreibeprager vor. Die Bürgerlichen haben es sich einiges Schreibpapier und vielen Stimmenaufwand kosten lassen, um Dinge auszusprechen, die längst bekannt sind, und in mehr oder minder starken Tönen die Abhissmittel anzupreisen, erhöhte Kredite, geringere Steuern, Hochschutzzoll für die Landwirtschaft. Die Anträge, deren Einzelheiten schon wegen ihrer Fülle in der Plenarsitzung kaum gestreift werden konnten, bedürfen besonderer Beratung durch die zuständigen Ausschüsse. Sie bildeten aber den Rahmen für eine Regierungserklärung, die im ganzen nichts anderes ist als ein Zurückweichen vor den landbändlerischen Interessentwünschen, ein Rückfall in die Politik der Falschheiten der Vorkriegszeit, in das System der Privilegierung eines einzelnen Berufsstandes ohne die Spur eines wirklichen Produktionsprogramms, dessen Absicht einer Steigerung des Bodenenertrags in wirksamen produktionspolitischen Maßnahmen einen Ausdruck finden müßte.

Vor der Regierungserklärung hatte Gen. Georg Schmidt die bekannten Forderungen der Sozialdemokratie zum Agrarprogramm begründet. Rückhaltlos erkannte er die gegenwärtigen Schwierigkeiten in der Landwirtschaft an, aber ebenso rückhaltlos wandte er sich gegen die einseitige, von Liebertreibungen strotzende Darstellung der Deutschnationalen und ihrer Freunde vom Landbund, deren deutsche Absicht der Wiederaufrichtung des reaktionären Wirtschaftssystems an dieser Stelle deutlich genug gekennzeichnet worden ist. Er stellte den Hochschutzzollwünschen der Agrarier die Forderung nach einem allgemeinen Abbau der Preise für landwirtschaftliche Rohstoffe und Betriebsmittel gegenüber. Er verlangte weiter eine Steuer- und Bodenpolitik im Sinne der Bestrebungen einer gesunden Bodenreform, wie sie besonders durch die einheitliche reine Grundsteuer herbeigeführt werden kann, und fand starke Worte und bereite Vorschläge zur Abwehr der sozialen Liebergriffe der Großgrundbesitzer gegenüber den Landarbeitern. Die bürgerlichen Redner bliesen unentwegt das Lied von dem „unentbehrlichen“ Schutz Zoll, der heute schon deshalb wirkungslos liegt, weil die Inlandspreise unter den Weltmarktpreisen liegen.

Daß die Befürchtungen, die Regierung werde den Agrarforderungen weitgehend Gehör schenken, vollauf gerechtfertigt waren, ergab die Erklärung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft. Daß man den Landwirten im Hinblick auf die gegenwärtige Knappheit an Betriebsmitteln weitgehend Steuererstattung und darüber hinaus neue Kredite beschaffen will — wozu allerdings die Durchführung des Dawes-Berichtes Vorbedingung ist — soll hier nicht weiter beanstandet werden, obwohl der Plan einer Umgestaltung der Rentenbank für Agrar Zwecke mancherlei Bedenken auslösen muß. Tatsache aber ist, und diese Feststellung ist für die kommende Wirtschaftspolitik gegenüber den breiten Massen von ganz außerordentlicher Bedeutung, daß die Regierung bereits in nächster Zeit einen neuen Zolltarif vorlegen wird, der den Schutz des deutschen Großgrundbesitzes gegen die ausländische Konkurrenz in umfassender Weise für fernere Zukunft sichern soll. Also eine Verteuerung der Lebenshaltung zum Vorteil der wenigen Großgrundbesitzer, die allein ruhnieher der Hochschutzzollpolitik sind. Unnötig zu sagen, daß eine Regierung, die so die künstliche Verteuerung der Lebenshaltung zum Ziel setzt, nicht auch für die Verbraucher einen Brocken übrig hat. Sie will die Verbrauchssteuern herabsetzen, um keine allzu hohe Verteuerung durch Zölle herbeizuführen. Nimmt man an, daß nun die Schutzzölle die von ihnen erwartete Wirkung haben, so wird nach alter Erfahrung die Lebenshaltung durch die Zölle stärker verteuert als deren Ertrag für die Reichskasse ist. Selbst wenn man also an der übrigen Verbrauchsbelastung etwas abstreift, verbleibt eine Sonderbesteuerung der breiten Massen zugunsten der Großlandwirtschaft, die aus Reichsmitteln jedenfalls nicht kompensiert werden kann.

Das „neue“ Agrarprogramm steht an derselben Stelle an, wo man schon 1879 und in den folgenden Jahrzehnten mit kurzer Unterbrechung erfolglos den „Schutz der nationalen Arbeit“ betrieben hat. Erfolglos war dieser Schutz, weil es keinen Zolltarif gab, bei dem die Großgrundbesitzer nicht noch immer höhere Forderungen aufgestellt hätten — was nicht notwendig gewesen wäre, wenn der Zollschutz eben das Heilmittel wäre.

Jetzt geht das alte Spiel von neuem los. Man darf auf die bevorstehenden Verordnungen mit Recht gespannt sein. An ihnen wird sich erweisen lassen, wie weit die Regierung die Preisgabe der breiten Massen an den Brotwucher deutschnationaler Patrioten treiben will.

Übermals verhofen wurde vom Reichsinnenminister der neuerdings am 29. Juni einberufene kommunistische Reichsarbeiterkongress.

Zum 28. Juni.

1914 Attentat von Sarajevo — 1919 Unterzeichnung in Versailles.

Heute vor zehn Jahren fiel in Sarajevo das österreichische Thronfolgerpaar unter den Schüssen der serbisch-irredentistischen Geme. Heute vor fünf Jahren wurde Deutschland durch stärkste Drohung gezwungen, jenes unmoralische Dokument zu unterzeichnen, das die Forderungen der Sieger an den Besiegten mit dessen angeblühter Schuld am Kriegsausbruch moralisch zu begründen versuchte. Schon die Chronologie der Geschichte, schon das verhängnisvolle Datum des 28. Juni allein ist geeignet, der zum Krieggebrauch erfundenen Legende von der deutschen Alleinschuld am Kriegsausbruch einen empfindlichen Stoß zu verfehen.

Es ist unbedingt richtig, daß die Ermordung Franz Ferdinands noch keinen ausreichenden Grund für Österreich bot. Serbien demütigende Bedingungen zu stellen und den militärischen Einmarsch zu vollziehen. Diese Auffassung ist von der Sozialdemokratie stets vertreten worden, sie hält auch heute noch an ihr fest. Es ist ebenso richtig, daß Hejzer und Intriganten dennoch in allen Lagern am Werke waren, und daß die deutsche Regierung, obwohl schwach und gar nicht kriegslustig, eben wegen dieser Schwäche nicht die Kraft fand, ihr Spiel zu durchkreuzen. Aber daß man Schwachen — aus geringeren Anlässen als den des Mordes von Sarajevo — demütigende Bedingungen stellt und sie durch militärischen Einmarsch vergewaltigt — das ist nach 1914 auch vorgekommen und ist gerade von denen, die Deutschlands Alleinschuld am Kriegsausbruch am lauteften behaupten, keineswegs als ein Verbrechen betrachtet worden. Der hauptsächlichste Unterschied zwischen der österreichischen Kriegserklärung an Serbien 1914 und dem französischen Ruheinmarsch von 1923 besteht doch darin, daß Serbien, im Vertrauen auf seine Bundesgenossen sich zur Wehr setzte, woran das isolierte und entwaffnete Deutschland nicht denken konnte.

Die deutsche Regierung hätte 1914 Österreich nicht gewähren lassen dürfen, weil sie als Folge eines Weltkrieges und die Niedertage Deutschlands in ihm hätte voraussehen müssen. Das Fehlen dieser Voraussicht war ihre Schuld und ihr Verhängnis. Der deutschnationale Reichstagsabgeordnete und Kanzlerkandidat, Herr v. Tirpitz, hatte schon recht, als er schrieb, daß Deutschland in den Weltkrieg „hineingeschlittert“ sei. Dieses wahre Wort bedeutet die schärfste Verurteilung des alten Systems, an der es beklammlich ja auch sonst in den Briefen des Herrn v. Tirpitz nicht fehlt.

Allmählich beginnt die Weltmeinung sich auch in der Frage der Kriegsschuld umzustellen. Insbesondere ist im Lauf der Ereignisse das wahre Bild Wilhelms II. so klar geworden, daß der Glaube, dieser durch Mut doch wahrlich nicht ausgezeichnete Mann hätte den größten aller Kriege mit Vorbedacht — Wilhelm und Vorbedacht! — herbeigeführt, vollends haltlos geworden ist. Wenn aber etwas den heillosen Väterungsprozess stören kann, so ist es der Lärm, den gerade diejenigen in Deutschland um die Kriegsschuldfrage aufzuführen belieben, die am meisten Grund hätten, über sie zu schweigen. Die Verantwortlichen sind 1914 hineingeschlittert, aber gestohene haben sie die Unverantwortlichen, die auch heute noch bei jedem internationalen Konflikt die schlimmsten Fehler sind.

Die kein Denkmal haben...

Frank — Meding — Erzberger — Rathenau.

Die Abgeordneten Solmann und Loebe haben im Reichstag beantragt, zum Gedenken an die im Weltkrieg gefallenen Mitglieder des Reichstages Ludwig Frank und Hans v. Meding und an die ermordeten Reichsminister Erzberger und Rathenau ein Erinnerungsmal an würdiger Stelle im Innern des Reichstagsgebäudes zu schaffen.

Indien made in Wembley.

Von Paul Chr. Plottke.

Wenn du das Glück hast, dich in London aufzuhalten, brauchst du gar nicht weit zu fahren, um einen recht lebendigen Begriff von Indien zu bekommen: Nur eine halbe Stunde mit der Untergrundbahn nach dem Wembley-Park, wo zurzeit die „British Empire Exhibition“ täglich Zehntausende von Besuchern anlockt. Diese Ausstellung ist eine Darstellung des englischen Weltreichs im kleinen. Unter Aufwendung ungeheurer Kosten ist sie auf einen solchen Grad der Vollkommenheit gebracht worden, daß man wirklich mit den bürgerlichen Zeitungschreibern in Bewunderung ersterden könnte — wenn man nicht gerade Antimperialist wäre und nicht wüßte, welche Unterdrückung und welches internationale Proletariatselend hinter all diesen technischen und künstlerischen Wundern steckt.

Natürlich bekommt man auch von „Indien“, das in einem zwei Hektar Land bedeckenden palastartigen Gebäude untergebracht ist, nur die glänzende Seite zu sehen — wie es sich gehört, wenn einem Volke „Weltreichempfinden“ anverzoget werden soll.

Den Hauptweg entlang zu meiner Rechten die Ausstellungshallen „Australia“ und „Canada“ näherte ich mich dem Indischen Palast; doch nichts spüre ich von dem asiatischen Märchenbau, den dieses weiße von vielen Türmen überragte Gebäude ausstrahlen würde, wenn es nicht eingestemmt wäre zwischen einen gongbeinbedeckten hölzernen Tisch, Zigarrenständer, eine Gruppe europäischer Puppen und kunstige Wege, auf denen sich sonntagsgeputzte Großstadtpublikum drängt. Durch ein weites Tor trete ich in den geräumigen Hof ein, der von einer kolossalartigen Kolonnade begrenzt ist. Inmitten ist eine Art Platanenallee, dessen Boden blau angemalt ist. Das soll den Widerschein des indischen Himmels darstellen. (Kein Mensch läme auf diesen Gedanken, wenn es nicht im Führer stünde.) Von der Kolonnade aus führen zahlreiche Gänge nach den Sälen der 27 verschiedenen Provinzen, die vertreten sind, z. B. Bengalen, Kashmir, Punjab, Bafare im besonderen Stil der betreffenden indischen Landschaft liegen zu beiden Seiten der Rundgänge. Indische Verkäufer halten Waren fest: Gewebe aller Art, Teppiche, Metalle, Holz- und Eisenbezeugnisse, Tabake, Schmuckgegenstände. Zur Begründung der märchenhaften Preise sind überall sichtbar, Schilder angebracht, welche die Garantierklärung enthalten, daß die feilgebotenen Waren auch wirklich echt indische Erzeugnisse sind. — Indische Eisenbahn- und Dampfergesellschaften haben ihre Tätigkeit und ihre Ausbreitung durch Modelle und graphische Darstellungen veranschaulicht; eine Missionsgesellschaft zeigt durch Bilder und anderes Anschauungsmaterial ihre „erzieherische“, soziale, ärztliche und literarische Tätigkeit in Indien; eine andere Abteilung gibt Zeugnis von der Konium- und Produktionsgenossenschaftsbewegung in Indien: die Ringliederzahl, die 1906/7 nur 890 betrug, ist bis 1922/23 auf 2,1 Millionen angewachsen! Das ist bei einer Gesamtbevölkerung von 320 Millionen natürlich nur ein bescheidenes Ansehen. In einer anderen von Menschen wahrhaft betagerten Stelle sind Handwerker bei ihrer Arbeit zu sehen: ein Töpfer, der mit übereinandergehängten Beinen dasigt und mit einem Griffel an noch rohen Gefäßformen, die neben ihm stehen, Verzierungen anbringt, sowie ein Holzarbeiter, der an einer primitiven Holzbohrmaschine auf der Erde lauert und Holz-

gefäße herstellt. Eine unagbare Traurigkeit lagert auf ihren braunen Gesichtern und wirft tiefe Schatten in die scharfbläulenden Augen. Ab und zu erheben sie ihre Köpfe und werfen rätselhaftere Blicke auf die interessiert zuschauenden Vertreter der mitteleuropäischen Zivilisation. Noch größeres Interesse findet aber die „Madras Chow Chow“, das sind Vorführungen einer aus 8 Törnern bestehenden Künstlertruppe, die ihre Bühne inmitten des Hauptteils errichtet hat.

Zuerst tritt eine Tänzerin auf, die zu einem ganz feinen Gesang kindliche Tanzbewegungen macht. Nach ihr kommen zwei Jungen angesprungen, jeder zwei Schwerter in den Händen, mit denen sie sich tanzend um die Köpfe fuchelt. Man kann jeden Augenblick denken, sie wollen sich eigenhändig enthaupen. Sie können kaum 14 Jahre alt sein, doch strahlt eine fast männliche Reife aus ihrem braunen Antlitz. Danach kommt ein Fräulein an die Reihe, der aus einem sehr einfachen Musikinstrument keine weiche Löne heroorzaubert. Sie scheinen aber keinen Widerhall zu finden. Mit einer traurigen Verbeugung verläßt er die Bühne unter traditionellem, hohem Beifall. Dann folgt ein Keines Lustspiel, halb englisch und halb indisch gesprochen: Zwei Gauner bringen einem Eingeborenen das englische Wort „yes“ bei. Sie weisen ihn an, auf alle unverständlichen Fragen „yes!“ zu antworten. In einem englischen Bafar wird er dann ob seiner Sprachkenntnis tüchtig hineingesetzt. Durch sein immer und immer wiederholtes „yes“ wird der Verkäufer veranlaßt, das Bonanenslied: „Yes we have no bananas to-day“ zu singen. Das soll komisch wirken — doch der Zwiespaß zwischen der Inbrunst, mit der der junge Inber singt, und der Hohlheit und Sinnlosigkeit dieses Schlagers wirkt einfach aufschreckend.

Nach dieser empfand ich den Kontrast, als am Schluß, nachdem noch ein Schlangenschwörer und Zauberer allgemeines Staunen erregt hatte, die gelamte Truppe „God save the king!“ sang. Diese englische Königshymne bildet den Beschluß jeder Theater-, Kino- und sonstigen Vorführung. Außer dem Bonanenlied war auch sie eine Bereicherung des Kulturgutes dieser indischen Truppe.

Fluchtartig verließ ich die Halle; doch hörte ich noch eine wohlgeroende junge Engländerin, die neben mir gefesselt hatte, zu ihrer Freundin sagen: „Fürhbar net! nicht wahr!“ Sie war augenscheinlich eine bessere Schülerin für „Weltreichempfinden“ als ich.

Die Birke.

Von Anup.

Am Abend ging der Bauer hinaus zum Waldesrand und hieb sie mit einem blinkenden, singenden Armbiehl nieder. Mäuschend fiel sie zu Boden — aus ihrem Büffel flüchtete ein Vogel, aus ihrem Stamm flüchtete ein Kätzchen. Dann griff sie der Bauer mit groben, harten Händen und trug sie davon, hin zu seinem Hause, stellte einen Eimer vor das Tor, schüttete Wasser hinein und stellte den todwunden Baum in den Eimer. Die Birke weinte die ganze Nacht. Der Wind mochte ihr sagen, was er wollte, sie war nicht zu trösten. Sie schüttelte nur ihr Haupt und weinte. Auch das Windeslicht glitt mit zarten Fingern über ihren weißen Stamm — sie zitterte und war bleich wie eine verlassene Braut. Die Morgenfenne sah die lehten Tränen... Dann starb sie. Es war aber Frühling und die Weise schritten vorüber und sprachen mit froher Zufrieden-

heit vom „Fest der Auferstehung“. Einige zeigten auch auf die Birke und sagten: seht, wie schön sie ist, wie sie für die Freude lebt! Der Bauer aber sah im blauen Rittel auf der Bank vor dem Tore neben der Birke, glotzte dumme in den Lof hinein und wußte nichts davon, daß sich der Tod an sein Haus lehnte.

Die Künstler und der Achttundentag. Zu dem Aufruf der Künstler für den Achttundentag, den wir vor einigen Tagen veröffentlichten, ist es vielleicht von Interesse, auf die Ausführungen hinzuweisen, die Busto Brentano in der „Sozialen Praxis“ (10. Mai 1923) über den „Ansturm gegen den Achttundentag und die Koalitionsfreiheit der Arbeiter“, gemacht hat. Er nimmt Bezug auf die Verhandlungen im Vorläufigen Reichswirtschaftsrat und schreibt u. a.: Die beiden Parteien, die sich im Reichswirtschaftsrat gegenüberstanden, waren, wie Herr Marcus, ein Vertreter der freiesten aller Berufe, ein Künstler, am 13. Dezember 1922 im Reichswirtschaftsrat gefogt hat, vom allerbesten Willen befezt und waren einander so nahe gekommen, daß nur noch die Vermittlung durch einen unparteiischen Wissenschaftler nötig schien, um sie zur Lieber-einstimmung zu bringen. Zu meinem größten Särmerge sind meine diesbezüglichen Erwartungen nicht erfüllt worden. Gerade von wissenschaftlicher Seite sind Äußerungen erfolgt, die in ihrer Einseitigkeit wirken mußten wie Del ins Feuer. Kein Wunder, daß sie von der Arbeiterschaft wie eine Kampfansage der Wissenschaft an die Arbeiter empfunden wurden, und zwar nicht auf Seiten der freien, sondern nicht minder auf Seiten der christlichen Gewerkschaften und der Hirsch-Dunckerischen Gewerkschaft.

Infolge der Sparmaßnahmen ist der Reichswirtschaftsrat auf die Hauptausschüsse reduziert worden, die Künstlervertreter sind in diesen nicht Mitglied. Sie sind jetzt ganz ausgeschaltet und die Wissenschaftler behaupten das Feld. Die Birke ist sehr bedauerlich, denn viele wirtschaftliche Fragen lassen sich nicht ausschließlich auf dem Wege wissenschaftlicher Berechnung und Beweisführung lösen. Das Gefühlsmäßige spielt vielfach mit, das Auge des Künstlers aber dringt in Tiefen, in die weder der Wissenschaftler noch der Geschäftsmann einen Einblick hat. Es ist leicht, recht zu beharren, wenn man unbehagliche Kritik fernhält, und leider ist wieder einmal die Sparmaßnahmenaktion zu diesem Zweck benutzt worden.

Prof. Richard Willstätter, der berühmte Chemiker und Träger des Nobelpreises, hat kein Bedromt an der Münchener Universität niedergelegt. Rationalistische Intrigen haben ihn vertrieben. Er hatte den Vorschlag gemacht, den Münchener Lehrstuhl für anorganische Chemie dem Professor Heinrich Goldschmidt an der Universität Christiania zu übertragen. Dieser Vorschlag wurde von den Kollegen Willstätters abgelehnt, weil Goldschmidt, ein Deutsch-Schweizer, „Ausländer“ sei. In Wirklichkeit soll es sich bei dieser Ablehnung um antiseimittische Treiberhandlung handeln.

Fritz Reuter über den Alfen Feil. In einem bisher unveröffentlichten Briefe an den Breslauer Professor Feilz Eberts vom 11. April 1867 bepricht Fritz Reuter dessen Buch „Preussische Geschichte“ und äußert dabei seine Meinung über Friedrich II. „Sie fordern mich auf“ — heißt es — „Ihnen ein Urteil über Ihr Buch abzugeben; das kann ich nicht; ich kann bloß von dem Einbruch sprechen, den es auf mich gemacht hat, und das ist ein so lebhaftes

Zuchthaus für Hochverräter.

Das Urteil gegen die Frankfurter Verchwörer.

Leipzig, 27. Juni. (M.Z.) In dem Prozeß vor dem Staatsgerichtshof wegen des Attentats auf die Synagoge in Frankfurt a. M. lautete das Urteil, dessen Verkündung 20 Minuten in Anspruch nahm, gegen Bau auf 7 Jahre Zuchthaus und 7 Jahre Ehrverlust, gegen Kullmann, Helle und Mehger übereinstimmend auf 6 Jahre Zuchthaus und 6 Jahre Ehrverlust; allen vier Angeklagten werden je 6 Monate Untersuchungshaft angedroht.
Bau, Kullmann und Helle sind vom Staatsgerichtshof eines hochverräterischen Komplotts nach § 83 sowie einer hochverräterischen Konspiration nach § 84 R. St. G. B. und außerdem eines Verstoßes gegen § 6 (Sprengstoffgesetz) schuldig befunden worden, während bei Mehger nur ein Delikt im Sinne des letztgenannten Paragraphen für vorliegend erachtet wurde. Als straferschärfend fiel der studienwürdige Charakter des geplanten Verbrechens und dazu die Würdelosigkeit der Anknüpfung mit den Landesfeinden in die Waagschale, als strafmildernd neben der Jugend der Angeklagten die Rücksichtnahme, daß auch hier Versührte auf der Anklagebank erscheinen seien, während die eigentlichen schuldigen Drahtzieher sich dem Zugriff der Justiz verstanden hätten zu entziehen.
Mehger hat das Gericht insofern eine Sonderbewertung angebeiden lassen, als es bei diesem Angeklagten schände Gewinnsucht als Haupttriebfeder seines Handelns anmahnt.

Die bayerische Regierung gebildet.

Deutschnationaler Rückzug.

München, 27. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Das deutsch-nationale Ultimatum an die Bayerische Volkspartei ist in sich zusammengebrochen. In eingehenden Besprechungen, die den ganzen Freitag über andauerten, wurde den Deutschnationalen sowohl vom Bayerischen Bauernbund wie der Bayerischen Volkspartei erklärt, daß sie ihre neuerliche Haltung reiflos aufzugeben hätten, wenn sie Wert darauf legten, daß in Bayern überhaupt eine Regierung zustande käme. Nachdem der deutsch-nationale Unterhändler eingesehen hatte, daß er mit seinen Ansprüchen in keiner Weise durchbringen würde, bequeme er sich schließlich zur Zurückziehung seines Ultimatus und begnügte sich mit der Erklärung der Bayerischen Volkspartei, daß die Fraktion dem befallenen Artikel des „Bayerischen Kurier“ vollständig fernstehe. Nunmehr ist also der alte Zustand vom Mittwoch wiederhergestellt und die Einigung der drei Koalitionsfreunde auf der Grundlage des bekannten Programms vollzogen. Demgemäß findet am Sonnabend vor mittag um 10 Uhr die Wahl Helds zum Ministerpräsidenten statt, worauf Held sofort die Liste der Mitglieder seines Kabinetts bekanntgibt. Sie lautet: Justizminister: Gütner (Dnat.), Sozialminister: Matthes (Bayr. Vp.), Minister des Innern: Ministerialeat Stähel (Bayr. Vp.), Handelsminister: Meinel (D. Vp.), Landwirtschaftsminister: Fehr (Bayr. Bauernbund).

Kurze Landtags-Sitzung.

München, 27. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die heutige Sitzung des Bayerischen Landtages hatte in Anbetracht der auf der Tagesordnung stehenden Wahl des Ministerpräsidenten ein vollbesetztes Haus und dichtgedrängte Tribünen aufzuweisen. Vor Eintritt in die Tagesordnung bewilligte das Haus dem kommunistischen Fraktionsführer Abg. Schlaffer einen sechsmonatigen Urlaub zu einer Studienreise nach Rußland. Dann gab Abg. Straffer im Namen der deutschösterreichischen Fraktion eine Erklärung ab, die zunächst sagt: die Tatsache, daß in der langen Zeit, die zur Regierungsbildung zur Verfügung stand, Bayern immer noch ohne Regierung ist, bedeutet den vollkommenen Zusammenbruch des Parlamentarismus; damit ist die leitende von der völkischen Bewegung gestellte Forderung auf Errichtung der völkischen Diktatur gerechtfertigt, da sie allein Volk und Staat noch retten kann.
Die kommunistische Fraktion protestierte gegen die Durchscheidung ihrer Räume im Landtag und verlangte sofortige Haftentlassung eines ihrer Mitglieder, das am letzten Sonntag in Ingolstadt wegen geheimer Fortführung der verbotenen KPD. verhaftet worden ist.

und so wählender, wie selten ein Gesichtswort auf mich gemacht hat. — Sie werden dies gewiß nicht für hohle Lobhudelei erklären, wenn ich Ihnen sage, daß für mich die Kulturgeschichte, der Sie mit Recht einen so großen Platz eingeräumt haben, tausendmal mehr wert ist, als die Geschichte der diplomatischen und kriegerischen Transactionen und ich freue mich, daß die Geschichtsschreibung in der letzten Zeit diesen Weg betreten hat. — Die Charakteristik des Allen auf dem rochen von bronze ist vorzüglich, man sieht den alten, harten, grausamen, tyrannischen Hausvater des preußischen Staats, der doch eigentlich mit eiserner Konsequenz die reale Grundlage des preußischen Staats gelegt hat, vor sich; man möchte ihn in dem einen Augenblick das Gesicht umdrehen, und in dem andern muß man sich sagen: wenn's wirklich was werden sollte, dann müßte es so angefaßt werden. — Ihr Jagen, an die Charakteristik von dem Allen sich zu gehen, kann ich wohl begreifen, zwischen dem Urtheil von Macaulay und dem der preußischen Historiographen liegt eine schredliche Kluft, und hier gilt's, nicht bloß den volkstümlichen und bewundernden Traditionen der Breußen, sondern auch dem Ernst und der Gewissenhaftigkeit der Geschichte gerecht zu werden. Wir scheitern der Sohn doch noch sehr viel von dem Vater an sich zu haben, und wenn davon auch ein gutes Theil der Zeit zur Last fällt, so meine ich doch, daß er an seinem Lebensende nicht zu dem auf Humanität hindeutenden Stoßleuzer: „Ich bin es müde über Sklaven zu herrschen“ berechtigt war, er hätte sie sich selbst so gezogen und wollte sie nicht anders.“

Eine neue Tolstoi-Biographie. Nach zwanzigjähriger Arbeit hat einer von Tolstois nächsten Freunden, B. Birjukoff, den vierten Band seiner Biographie fertiggestellt. Gerade Birjukoff ist wie niemand anders berufen, den Versuch zu machen, ein vollkommenes Lebensbild Tolstois zu geben. Er stand nicht allein in jahrzehntelangen freundschaftlichen Verkehr mit ihm und seiner Familie, sondern er kannte auch die zahlreichen Menschen, die ihn umgaben und die ihn immer wieder besuchten. Das wertvollste in dem Werke ist die von Tolstoi niedergeschriebene, leider nicht zu Ende geführte Autobiographie. Auch sonst enthält es viel Neues und Wichtiges für die richtige Einschätzung der Persönlichkeit dieses großen Menschen. So findet man hier die erste Wskrift des Briefes an den Kaiser Nikolaus II. über die Verfolgung der Buchdrucker. Sehr interessant sind auch die zahlreichen Aussprüche und die Gespräche Tolstois mit verschiedenen Punkten. Eine bedeutsame Beleuchtung erhält das tragische Ende Tolstois. Sein Freund und Sekretär W. Bulgakoff sagt dazu in der russischen Zeitung „Dni“: „Die Tragik dieses großen Mannes, der von ordinären, aber deshalb nicht weniger prächtigen Menschen umgeben war, war so beispiellos, so schredlich, daß sogar Augenzeugen, die von ihm sprachen, unwillkürlich in einen Flüsterston verfielen.“

Von der Coereff-Explosion. Die „Daily Mail“ erzählt aus Kalkutta, daß die beiden Mitglieder der Coereff-Explosion, Malloy und Krone, am letztenmal am 8. Juni, 12 Uhr mittags, gesehen worden seien. Sie hätten damals eine Höhe von 8400 Metern erreicht. Selbster hörte man nichts mehr von ihnen und es besteht nicht mehr die geringste Hoffnung, daß sie noch am Leben sind, da man es für unmöglich hält, in jener Höhe bei den damaligen Witterungsverhältnissen auch nur zwei Tage zu leben.

Hierauf erklärte der Präsident, daß infolge der Verzögerung der Regierungsbildung im Rahmen der Tagesordnung nur die Wahl der Landtagsausschüsse vorgenommen werden könne. Diese erfolgte dann auch nach den Vorschlägen der einzelnen Parteien, worauf zur allgemeinen Ueberraschung die Sitzung nach kaum einhalbstündiger Dauer geschlossen wurde.

Uebertritt zur Sozialdemokratie.

München, 27. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der in der Oberpfalz als Kommunist gewählte Abg. Enderle ist schon vor längerer Zeit zur sozialdemokratischen Partei übergetreten, wobei er erklärte, sich vollständig zu den Grundsätzen der SPD zu bekennen. Nun hat Abg. Enderle an die sozialdemokratische Landtagsfraktion den Antrag gestellt, ihn als Mitglied aufzunehmen und folgende Begründung hinzugefügt:

„Nach reiflicher Ueberlegung und großer Selbstprüfung habe ich an die sozialdemokratische Partei den Antrag auf Annahme in ihre Landtagsfraktion gestellt, getragen von der Ueberzeugung, daß nur von der sozialdemokratischen Partei eine erspriehliche Arbeiterpolitik getrieben wird. Die Politik der Zentrale der KPD. unter Führung der sogenannten Linken macht es mir unmöglich, meine Auffassung über eine Politik zum Nutzen des deutschen Proletariats innerhalb des Rahmens der KPD. zu entfalten.“

Im vollsten Widerspruch zu den Direktiven der Zentrale der KPD. denken viele kommunistische Führer genau so wie ich, haben aber nicht den Mut, ebenso wie ich die wahnstänige Putschpolitik, die Sprengstoffattentate und die parlamentarische Kadaverpolitik zu beurteilen.

Weil ich das getan habe, bin ich mit der KPD.-Zentrale bzw. ihren Instanzen in ernste Differenzen geraten und bin dem Ausschluß aus der KPD. durch meinen Austritt zuvorgekommen. Die kommunistische Presse behauptet, ich müßte nun mein Mandat niederlegen, wenn ich Anspruch auf proletarisches Ehregefühl haben wolke, andernfalls würde mich die revolutionäre Arbeiterschaft meines Wahlkreises dazu zwingen. Ich bin über diese Erklärung der KPD.-Presse einigermaßen erstaunt, wenn auch nicht über ihre Drohung. Die KPD. hat feierlich, als nach dem U.S.P.-Parteitag in Halle mehrere bayerische U.S.P.-Abgeordnete, darunter auch ich, zur KPD. übertraten, sich damit einverstanden erklärt, daß ich sowohl wie diese anderen U.S.P.-Abgeordneten als kommunistische Abgeordnete das Mandat weiter behalte. Die KPD. ist am allerwenigsten befugt, Befehlungen über proletarisches Ehregefühl zu erteilen.

München, 27. Juni 1924.

Franz Enderle, Mitglied des Landtags.

Auf Grund dieser Erklärung beschloß die sozialdemokratische Fraktion einstimmig, dem Ersuchen Enderles stattzugeben. Durch die Aufnahme Enderles in die Fraktion zählt diese nunmehr 24 Abgeordnete. Damit ist der

Anspruch des völkischen Blocks, den die Deutschnationalen unterstützten, die zweitgrößte Fraktion zu sein, zusammengefallen. Dem entsprechend wird die sozialdemokratische Fraktion unter Hinweis auf einen Präzedenzfall den Antrag auf Neuwahl des Präsidiums stellen.

Die Finanzlage des Reiches.

Im Steuerauschuß des Reichstags fand am Freitag eine Aussprache über die Finanzlage statt. Der Volksparteiler Dr. Becker-Hessen regte dabei an, vor allem im besetzten Gebiet die Zahlungstermine hinauszuschieben und den Zinssatz für nicht rechtzeitig gezahlte Steuern, der jetzt bis zu 120 Proz. betrage, dort zu ermäßigen, wo eine wirtschaftliche Notlage vorliege. Reichsfinanzminister Dr. Luther wandte sich gegen die Auffassung, als ob das Reich zurzeit über ein hohes Guthaben flüssiger Mittel verfüge. Von den 636 Millionen öffentlicher Gelder seien 392 Millionen Reichsgelder, aber nur 41 Millionen reichseigenes Geld, die übrigen 351 Millionen seien fremde Gelder. 100 Millionen entfielen auf Rentenmarktkredite, die am 28. Juli zurückzahlen seien, der Rest von 251 Millionen seien Rentenmarktschuldenswechsel, die der Reichsfinanzverwaltung als Betriebsfonds dienen. Dieser Betriebsfonds von 251 Millionen gegenüber 600 Millionen vor dem Kriege sei bei der allgemeinen Verarmung des Reiches zu hoch und werde allmählich abgebaut. Der Minister teilte ferner mit, daß die eingehenden Steuern teils höher sind als die Boreinschätzungen, teils aber auch hinter diesen zurückbleiben. Bisher haben allerdings die Mehreingänge überwogen. Diesen Mehreingängen stehen auch Mehrausgaben gegenüber. Tatsächlich besteht ein Loch von 470 Millionen. Ein Kassenplan für den 1. Oktober weist ein Defizit von 100 bis 150 Millionen auf. Die infolge von Fälligkeiten notwendig gewordene Einlösung der Goldanleihe sei soweit fortgeschritten, daß zurzeit noch 40 Millionen große Stücke und 11 Millionen kleine Stücke Goldanleihe im Umlauf sind. Die passive Handelsbilanz von 1 Milliarde Goldmark in vier Monaten beruhe zu einem erheblichen Teil auf Tabakeinfäufen. Es müsse vermieden werden, daß die Tabakindustrie große Steuerkredite in Anspruch nehme, um selbst der Rundschau langfristige Kredite zu gewähren.

In der Aussprache betonte Genosse Hilferding, daß unsere Wirtschaft, und namentlich der Export, die Umsatztsteuer in ihrer gegenwärtigen Höhe auf die Dauer nicht ertragen könne. Im Interesse der Volkswirtschaft liege eine möglichst rasche Abbedung der kurzfristigen Anleihen des Reiches durch Begebung von Rentenmarktschulden, um den Markt für langfristige Kapitalanlagen wieder zu beleben. Der gegenwärtige Steuerzins sei als Straffay berechtigt. Die Regierung müsse die jetzige harte Steuerpolitik bis zu einer Besserung der Verhältnisse beibehalten, sie sei die einzige Möglichkeit zur Verhinderung einer neuen Inflation. Reichsfinanzminister Dr. Luther teilte schließlich noch mit, daß das Reich auch noch Außenstände an Steuerzahlungen usw. hätte und daß insbesondere das Branntweinmonopol einen Vorschuß von 50 Millionen erhalten habe, für den der Zeitpunkt der Zurückzahlung nicht feststehe.

Um den Achtstundentag.

Auf der internationalen Arbeitskonferenz.

Genf, 26. Juni. (M.Z.) Die dreitägige Aussprache der internationalen Arbeitskonferenz über den Achtstundentag wurde heute mit einer längeren Rede des Direktors des Arbeitsamtes, Albert Thomas, abgeschlossen, die sich ausschließlich auf die Frage des Achtstundentages in Deutschland bezog.

Thomas gab zunächst zu, daß Deutschland in den vergangenen Jahren den Achtstundentag auf das strengste durchgeführt habe, und daß auch die Neuordnung grundsätzlich den Achtstundentag beibehalte, der in einzelnen Industrien tatsächlich auch weiter bestehe, hob dann aber nachdrücklich und zuweilen leidenschaftlich hervor, daß die Tatsache der

Mehrarbeit in Deutschland eine internationale Gefahr

bilde, und beurteilte vor allem die Abkehr der Metallindustrie vom Dreifachtagssystem. Er wies an der Hand polnischer und tschechoslowakischer Erklärungen auf die Beunruhigung hin, die die deutsche Mehrarbeit in anderen Ländern hervorruft, und bestritt, daß Mehrarbeit immer Mehrproduktion bedeute, da letztere leichter durch technische Betriebsverbesserung erreicht werde, wobei er bemerkte, daß Deutschland, wie der Sachverständigenbericht feststelle, sein industrielles Rüstzeug erneuert habe. Er erklärte dann weiter, daß, wie das Beispiel Frankreichs und Belgiens zeige, die Reparationen auf Grund des Achtstundentages geleistet werden könnten. Thomas gab zu, daß formell der deutsche Regierungsvertreter berechtigt sei, die Frage der Arbeitszeit als eine Angelegenheit der deutschen Souveränität zu betrachten, und begrüßte die Erklärung Leymanns, daß es sich bei der Mehrarbeit in Deutschland nur um eine vorübergehende Maßnahme handele. Er verleihe auch, daß Deutschland sich gegen jede Kontrolle wehre, und habe auch niemals an eine Kontrolle im Sinne einer Arbeitsinspektion oder dergleichen gedacht. Aber er halte es für unentbehrlich, daß auf Grund von besonderen Vereinbarungen die anderen Völker die Garantie erhalten, daß es sich tatsächlich um vorübergehende Maßnahmen handele. Thomas erinnerte dann an die gestrige Erklärung des englischen Regierungsvertreters und verlas eine Stelle des Sachverständigengutachtens, nämlich § 8 B Teil I, wo es als ungerecht bezeichnet wird, daß die Mitiertern im industriellen Wettbewerb durch

höhere Löhnen und auch höhere Gehälter als der deutsche Konkurrent

gehindert würden. Dies bedeute die Forderung eines wirtschaftlichen Gleichgewichts, dies bedeute, daß der wirtschaftliche Aufbau Deutschlands nur ein Moment des europäischen Wiederaufbaus sei. Dieses Gleichgewicht würde aber gebrochen durch einseitige Beschlüsse, denn „wenn Sie in dem gleichen Augenblick“ so rief Thomas der deutschen Delegation zu, „in dem Sie die Empfehlungen des Sachverständigengutachtens annehmen, diese Empfehlungen durch Beschlüsse über die Arbeitszeit antasten, die tatsächlich den auf anderer Grundlage von den Sachverständigen aufgestellten Schlussfolgerungen zuwiderlaufen, so bedenken Sie, welche Verantwortung dann auch auf Deutschland unter dem Gesichtspunkt der Arbeiter- und Sozialfürsorge zurückfällt.“ Thomas erinnerte weiter an die Resolution der Arbeitergruppe, die nach zur Beratung kommen würde, und auf die er nicht eingehen könne, bemerkte aber dazu, daß die notwendige Garantie durch internationale Vereinbarungen darüber zu erzielen sei, daß der Sachverständigenbericht gewährleistet werde. Als Organ, das diese Garantie bieten könne, bezeichnete er die Reparationskommission, deren Aufgabe es sei, das wirtschaftliche Gleichgewicht zu gewährleisten. Thomas unterstrich schließlich die Notwendigkeit einer Beschleunigung der Ratifizierung der Vereinbarung über den Achtstundentag und sagte, in diesem Zusammenhang seien

die Erklärungen der belgischen Regierung und des englischen und französischen Arbeitsministers

wertvoll. Er frage sich, ob Deutschland, sobald diese drei Staaten ratifiziert haben, noch weiter zögern wolle. Thomas fasste endlich seine Darlegungen folgendermaßen zusammen: „Von irgendeinem autoritativen Eingreifen in die deutsche Souveränität ist niemals die Rede gewesen, aber helfen Sie mir die internationale Garantie zu finden für alle beunruhigten Staaten.“ Thomas schloß unter lebhaftem Beifall mit dem Ausdruck des Vertrauens in die Grundzüge des Achtstundentages.

Anmerkung des M.Z.: Zu diesen Ausführungen, die eine durchaus falsche Auslegung des Sachverständigengutachtens enthalten, wird halbamtlich mitgeteilt: Die angebliche internationale Gefahr und Beunruhigung beruhen nicht auf der deutschen Arbeitszeitverordnung vom 23. Dezember 1923, sondern auf den Verhältnissen, die zu dieser Verordnung gezwungen haben, also auf dem wirtschaftlichen und Währungszusammenbruch, auf dem jahrelangen Fehlen einer sachverständigen Behandlung des Reparationsproblems, auf Ruhestreik und Ricum-Beiträgen. Das Sachverständigengutachten ist mehr als drei Monate nach der deutschen Arbeitszeitverordnung ergangen; die neuen Arbeitszeiten bestanden bei seiner Abfassung. Das Sachverständigengutachten erwähnt den Achtstundentag überhaupt nicht. Das deutsche Volk hat im übrigen nicht nur formell, wie Direktor Thomas sagt, sondern voll und ganz die deutsche Souveränität in dieser Beziehung aufgegeben, ebenso entschieden wehren, wie schon früher gegen die von Herrn Thomas angeregte internationale Kontrolle der deutschen Arbeitszeit, nicht zu seinem Vergnügen und nicht zu privaten Gewinnzwecken nahm das deutsche Volk eine Verlängerung der Arbeitszeit auf sich, sondern unter dem bitteren Zwange, sich am Leben zu erhalten.

Anmerkung der Redaktion des „Vorwärts“: Wir haben so oft und nachdrücklich gegen die Arbeitszeitverordnung Stellung genommen, daß es sich erübrigt, die vorgebrachten Gründe, die der Reichsarbeitsminister durch das M.Z. verbreiten läßt, nochmals zu zerpfücken. Daß man im Augenblick einer beispiellosen Arbeitslosigkeit nicht gezwungen ist, die Arbeitszeit zu verlängern, sondern daß man die durch diese Arbeitslosigkeit geschwächte Widerstandskraft der Arbeiterschaft benutze, um den Achtstundentag zu beseitigen, ist so offenkundig, daß man sich jede weitere Polemik ersparen kann. Wenn der Reichsarbeitsminister weiter erklären läßt, daß das Sachverständigengutachten den Achtstundentag überhaupt nicht erwähnt, so ist er sich offenbar nicht darüber klar geworden, daß gerade diese Tatsache gegen ihn spricht. Das Gutachten zählt eine ganze Reihe Bedingungen auf, die gegeben sein müßten, um Reparationen überhaupt erst leisten zu können. Es spricht dabei aber wohlweislich nicht von einer Verlängerung der Arbeitszeit. Es sagt vielmehr, daß die Lebensbedingungen der Arbeiter Deutschlands nicht schlechtere sein dürften als die der Arbeiter der anderen Länder und weist ausdrücklich darauf hin, daß es ungerecht wäre, den Konkurrenzkampf der anderen Länder dadurch zu behindern. Wenn es weiter in der Erwiderung des Reichsarbeitsministers heißt, Deutschland habe „nicht formell“ das Recht, seine Arbeitszeit selbständig zu regeln, so scheint er nicht zu wissen, daß „formell“ in der französischen Sprache, so viel wie in jeder Beziehung heißt. Aber daß sich das deutsche Volk gegen internationale Garantieabkommen — und nur von solchen sprach der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes — die die anderen Völker gerade so binden wie Deutschland, wehren wird, das zu behaupten hat Herr Dr. Brauns kein Recht. Die demokratische Wendung, die in den internationalen Beziehungen eingetreten ist, mag Herrn Dr. Brauns, der einer der Führer der deutschen Reaktion ist, unangenehm sein. Das deutsche Volk begrüßt sie als den Weg zur Freiheit und zum Frieden.

Gewerkschaftsbewegung

Die Arbeitszeit in Deutschland.

Um den Umfang der Arbeitszeitverlängerung festzustellen, die in Deutschland auf Grund der Arbeitszeitverordnung Platz gegriffen hat, ist vom ADGB mit Hilfe der Ortsausschüsse eine Erhebung über die tatsächliche Dauer der Arbeitszeit einschließlich der geleisteten Ueberstunden vorgenommen worden. Die Erhebung fand in der Woche vom 12. bis 17. Mai d. J. statt und wurde von vornherein auf sieben der wichtigsten Berufe beschränkt. Die Erhebung ist also in Wirklichkeit nur eine Art Stichprobe, die jedoch, da sie auf das ganze Reich ausgeht und typische Berufe umfaßt, ein ziemlich getreues Bild der tatsächlichen Arbeitszeit geben dürfte.

Die Erhebung umfaßte insgesamt 46 122 Betriebe mit 2 453 523 beschäftigten Personen. Sie ist geteilt einerseits nach Berufen, andererseits nach wirtschaftlich zusammenhängenden Gebieten. Von je 100 erfaßten Betrieben und Beschäftigten arbeiteten danach in der Woche vom 12. bis 17. Mai länger als 48 Stunden:

| | über 48 Stunden | | davon über 54 Stunden | |
|---------------------------|-----------------|----------|-----------------------|----------|
| | Betriebe | Personen | Betriebe | Personen |
| A. Bezirke | | | | |
| 1. Baden | 41,0 | 53,8 | 1,7 | 1,2 |
| 2. Bayern | 37,4 | 68,0 | 1,9 | 4,1 |
| 3. Rheinland-Westfalen | 44,4 | 81,2 | 14,7 | 47,7 |
| 4. Hessen | 31,9 | 47,9 | 1,4 | 4,7 |
| 5. Thüringen | 28,2 | 39,4 | 3,5 | 5,6 |
| 6. Provinz Sachsen . . . | 90,3 | 50,0 | 11,7 | 26,8 |
| 7. Sachsen | 35,5 | 58,4 | 1,0 | 1,7 |
| 8. Brandenburg | 30,4 | 36,4 | 2,8 | 1,7 |
| 9. Schlesten | 36,1 | 52,0 | 3,9 | 8,5 |
| 10. Hannover | 25,7 | 54,2 | 2,8 | 3,1 |
| 11. Hamburg | 13,0 | 35,2 | 0,4 | 4,2 |
| 12. Vommern | 25,2 | 15,1 | 6,5 | 8,5 |
| 13. Ostpreußen | 32,2 | 37,2 | 15,1 | 16,8 |
| 14. Saargebiet | 1,9 | 0,4 | — | — |
| Insgesamt | 39,5 | 54,7 | 5,1 | 13,0 |
| B. Berufe | | | | |
| Baugewerbe | 10,7 | 11,0 | 2,6 | 2,9 |
| Buchdruckgewerbe . . . | 46,3 | 49,4 | 1,2 | 1,7 |
| Chemische Industrie . . . | 50,7 | 44,0 | 10,5 | 7,8 |
| Holzgewerbe | 11,9 | 21,4 | 2,7 | 4,6 |
| Metallindustrie | 52,1 | 63,5 | 10,8 | 21,1 |
| Schuhindustrie | 20,7 | 14,5 | 0,4 | 0,3 |
| Textilindustrie | 78,2 | 82,4 | 2,5 | 4,8 |
| Insgesamt | 33,5 | 54,7 | 5,1 | 13,0 |

Aus dieser Tabelle geht hervor, daß Metallindustrie und Textilindustrie bezüglich der Arbeitszeitverlängerung an erster Stelle stehen, was andererseits auch bei den verschiedenen Wirtschaftsgewerben, wo diese Industrien dominieren, zum Ausdruck kommt. Eine Ausnahme hiervon bildet nur das Saargebiet. Dort arbeiten nur 0,4 Proz. der erfaßten Personen über 48 Stunden die Woche. Man kann also sagen, daß im Saargebiet der Achtstundentag fast restlos eingehalten wird. Allerdings muß dabei bemerkt werden, daß das Saargebiet nicht der Arbeitszeitverordnung des Herrn Dr. Brauns unterliegt. Wenn man daneben die Tatsache vergleicht, daß im übrigen Deutschen Reich 54,7 Proz., also mehr als die Hälfte der Arbeiter und Angestellten über 48 Stunden die Woche arbeiten, dann drängen sich unwillkürlich Vergleiche auf, die nicht gerade zugunsten der Sozialpolitik des Deutschen Reiches sprechen. Einen ähnlichen Vergleich müßte man ziehen, wenn man die Arbeitszeit in Polnisch-Oberschlesien mit der Arbeitszeit im Deutschen Oberschlesien in Gegenüberstellung stellt. Daß solche Tatsachen nicht gerade werbend für das Deutsche Reich sind, braucht nicht weiter betont zu werden.

Es ist notwendig, auf die weitere Tatsache hinzuweisen, daß die Erhebung den Bergbau nicht einbegreift. Sie hat also ausschließlich die Industrie ausgenommen, die bei der Verlängerung der Arbeitszeit sich auf die Reparationslasten beziehen kann. Inwieweit die anderen Industrien berechnungsfähig sind, die vorgenommene Verlängerung der Arbeitszeit mit den Reparationslasten zu begründen, dafür ist man uns bislang den Beweis schuldig geblieben.

In Wirklichkeit gibt es keinen anderen Grund, als den der Schwächung der gewerkschaftlichen Organisation, hauptsächlich infolge der Wirtschaftskrise, die ihrerseits von den Kommunisten zur Sprengung der Gewerkschaften ausgenutzt wird. Was ist das aber für ein Recht, das gerade dann außer Funktion gesetzt wird, wenn es die, zu deren Schutz es erlassen wurde, gerade am notwendigsten haben. Die Arbeitszeit gerade im Augenblick der größten Arbeitslosigkeit verlängern, wäre direkter Wahnsinn, wenn es nicht die Methode der Beraubung der Arbeiterschaft um eine Ertragskraft wäre, für die diese Jahrzehnte lang gekämpft hat.

In Wirklichkeit hat sich das deutsche Unternehmertum weder grundsätzlich noch tatsächlich mit dem Achtstundentag, wie mit den Rechten der Arbeiterschaft überhaupt abgefunden. Hätten die Unternehmer es getan, dann würden sie eine ganz andere Wirtschaftspolitik betrieben haben, als sie es während der letzten Jahre taten. Sie haben es vorgezogen, mit der Inflation zu spekulieren und wollen nun die Folgen ihrer falschen Wirtschaftspolitik die Arbeiterschaft entgelten lassen. Wenn sich die Arbeiterschaft dagegen zur Wehr setzt, so handelt sie nicht nur in ihrem eigenen, sondern auch im wohlverstandenen Interesse der deutschen Wirtschaft.

Die Arbeiterschutzgesetzgebung in Polen.

Aus Warschau wird uns geschrieben: Verschiedene Umstände haben in letzter Zeit die öffentliche Aufmerksamkeit auf die polnische Arbeiterschutzgesetzgebung gelenkt. Vor allem der energische Kampf, der von verschiedenen Seiten

für die unbedingte Sicherung des Achtstundentages geführt wird. Den polnischen Arbeitern kommt es zugute, daß für dieses Prinzip drei einander feindlich gegenüberstehende Faktoren sich einigsetzten: die Sozialdemokratie, der Klerus und die Regierung. Bisher haben die polnischen Linksparteien sogar eine Resolution eingebracht, die eine internationale Protestaktion gegen die Verlängerung des Arbeitstages in Deutschland fordert, da die Wirkung dieser Maßnahme die polnischen Wirtschaftsverhältnisse und damit auch den Achtstundentag in Polen gefährden.

Aufgefallen ist ferner, daß in der internationalen Arbeiterversammlung zu Rom der polnische Delegierte

Heute ist der Tag des

Deutschen Kindes.

Keine Ansichtskarte, kein Geschäftsbrief ohne

Wohlfahrtsbriefmarken

für die Deutsche Nothilfe!

Eine Briefmarke kann und muß jeder kaufen.

Franz Sokal dankt einer eindrucksvollen Darlegung der polnischen Arbeiterschutzgesetzgebung und der durch sie relativ günstigen Beeinflussung der Arbeiterlage zum Vorsitzenden der Konferenz gewählt wurde. Manche Bestimmungen der Gesetzgebung verdienen in der Tat Interesse.

Der Arbeiterschutz ist in der Verfassung Neupotens (Art. 102) verankert. Die Arbeit — heißt es da — die eine Hauptquelle des Reichtums der Republik bildet, steht unter besonderem Schutz des Staates. Dieser Schutz spricht sich in der sozialen Versicherung bei Arbeitslosigkeit, Krankheit, Unfall und Invalidität aus, sowie in der Regelung der Mutterfürsorge, der Frauen- und Kinderarbeit. Auf diesen Gebieten ist Polen bisher 13 internationalen Abkommen beigetreten.

Der Achtstundentag bzw. die 46-Stunden-Woche ist in Polen bereits 1918 eingeführt worden und bis heute bindend. Sonnabends darf nie mehr als 6 Stunden gearbeitet werden. Ueberstunden sind laut Gesetz vom 18. Dezember 1919 nur in ganz außerordentlichen Fällen unter Genehmigung der Arbeiterinspektion und gegen Erhöhung des Lohnes um 50—100 Proz. zulässig. Während der durch das Gesetz vorgeschriebenen Ruhepausen müssen die Maschinen, soweit der Betrieb dies zuläßt, angehalten werden.

Polen gehört zu den wenigen Ländern, in denen das Gesetz für die Arbeiter entlohnten Urlaub vorsteht. Nach den Bestimmungen vom 16. Mai 1922 hat der Arbeiter nach einjähriger Beschäftigung ein Anrecht auf achtstägigen Urlaub, jugendliche Arbeiter auf 15-tägigen. Geistigen Arbeitern steht nach sechsmonatiger Beschäftigung ein vierzehntägiger, nach einjähriger Beschäftigung ein einmonatiger Urlaub zu.

Als eine der nützlichsten Einrichtungen hat sich die durch Dekret vom 3. Januar 1919 eingeführte einheitliche Arbeitsaufsichtsbehörde erwiesen. Diese Institution ist von der Verwaltungsbehörde völlig unabhängig. Die Inspektoren, zu denen auch Frauen gehören können, müssen besondere Kenntnisse auf dem Gebiet der Technik, des Rechtes und der Gewerbehygiene besitzen. Nach Art. 9 des Dekrets müssen zu den Inspektoren auch Vertrauenspersonen aus den Arbeiterkreisen hinzugezogen werden.

Die Arbeitsinspektoren haben die Erfüllung der bindenden Verordnungen zu kontrollieren und Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu schlichten. Ihrem Eingreifen ist es zu verdanken, daß in Polen die Streiks verhältnismäßig seltener vorkommen als in anderen Ländern.

Schließlich ist den Arbeitern in Polen die Koalitionsfreiheit sowie die völlig unbehinderte Betätigung in den Gewerkschaften gewährleistet.

Was die wirtschaftliche Lage der Arbeiter betrifft, so haben die Löhne, in Polen bereits die volle Vorkriegshöhe erreicht.

Angestelltengehälter in der Metallindustrie.

Gehaltserhöhung auf friedlichem Wege unerreichbar.

Die Vergleichsverhandlungen über den Mai-Schiedspruch für die Angestellten der Berliner Metallindustrie sind gescheitert, da der B.M.V. auch beim Schlichter auf dem Standpunkt verharrte, keine Zugaben zu machen. Die beantragte Verbindlichkeitsklärung ist daraufhin von Oberregierungsrat Dr. Grabein abgelehnt worden. In der Begründung wird gefordert, daß die im Schiedspruch festgesetzten Gehälter nach Prüfung der beiderseitigen „Belange“ als der Billigkeit entsprechend anzusehen seien. Ein öffentliches Interesse könne nicht anerkannt werden. Das Metallkartell suchte daraufhin die Verhandlungen beim B.M.V. wegen Festsetzung der Junigehälter nach. Die Unternehmer erklärten sich nicht abgeneigt, in Verhandlungen einzutreten, standen aber von vornherein jeder Gehaltserhöhung ablehnend gegenüber, so daß auch diese Verhandlungen kein Resultat ergaben. Eine Funktionärkonferenz der AM-Mitglieder beschäftigte sich gestern nach einem Bericht Banges mit der Sachlage und nahm auf Empfehlung des Metallkartells folgende Entscheidung an:

„Die am 26. Juni tagende AM-Funktionärversammlung der Metallindustrie nimmt davon Kenntnis, daß das Reichsarbeitsministerium die Verbindlichkeit des Mai-Schiedspruches abgelehnt hat. Die Versammlung kann sich unmöglich der Begründung des AM-Mitglieds angeschlossen und sieht in dem Verhalten des Ministers eine Verkennung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Angestellten und darüber hinaus der gesamten Arbeiterschaft. Die Versammlung ist der Auffassung, daß eine Behörde, die eine derartige Auffassung vertritt, nicht geeignet ist, in der Zukunft als vermittelnde Partei angerufen zu werden, und beauftragt das Metallkartell, bei den Vorständen vorstellig zu werden, damit diese eine Abänderung der Satzungen dahin vornehmen, daß vor zukünftigen Arbeitskämpfen nicht erst die Schlichtungsinstanzen angerufen zu werden brauchen, sondern daß nach Abschluß der direkten Verhandlungen in den Streit getreten werden darf. Die Funktionärversammlung sieht in einem derartigen Beschluß eine Selbstverständlichkeit, da es zwingend notwendig ist, der Sachlage der Arbeiterschaft gegenüber den Schlichtungsinstanzen ein

Gegengewicht zu schaffen. Die Versammlung ist sich weiter bewußt, daß dieser Beschluß eine Verschärfung der Kampfessform darstellt, und die Funktionäre verpflichten sich, in allen Betrieben Versammlungen zu veranstalten und die Kollegenschaft in diesem Sinne zu beeinflussen.“

Schiedspruch für die Metallformer.

Ein Schiedspruch, den kürzlich der Schlichtungsausschuß für die Metallformer und die Hilfsarbeiter fällte, wurde von den Unternehmern abgelehnt. Die Former beantragten die Verbindlichkeitsklärung, die aber wegen eines Formfehlers bei der Fällung des Schiedspruches nicht ausgesprochen werden konnte. Darauf wurde von den Arbeitnehmern erneut der Schlichtungsausschuß angerufen. Die Unternehmer verstanden es jedoch, die Verhandlungen über nahezu 4 Wochen zu verschleppen. Am vergangenen Montag kam es endlich zu einer Entscheidung.

Ueber den Spruch berichtete gestern Brandenburger Bredow in einer Formerversammlung. Die Stundenlöhne und Akkordbajen wurden in Klasse 1 auf 75 Pf., für Klasse 2 auf 63 Pf. und für Klasse 3 auf 55 Pf. festgesetzt. Der Spruch enthält ferner die Bestimmung, daß Arbeiter, die jetzt schon 16% Proz. über die vorgenannten Sätze verdienen, keine Ausbesserung ihrer Akkordpreise erhalten sollen. Der Spruch wurde nach kurzer Aussprache angenommen.

Die Bredow noch mitteilte, ist mit dem Syndikus der Unternehmervereinigung die Abmachung getroffen worden, daß als Urlaubszahlung der Durchschnittsverdienst der letzten vier Wochen zur Auszahlung kommen soll.

Schiedspruch für das Töpfergewerbe.

Vom Deutschen Bauergewerksbund, Fachgruppe der Töpfer, wird uns mitgeteilt: Der Schiedspruch des Schlichtungsausschusses vom 27. Juni belag: 0,98 M. Stundenlohn, Akkordmultiplikator 0,98, von der laufenden Lohnwoche ab. Akkordbasis Tarif von 1914. Gültigkeit des Schiedspruches bis zum Ablauf eines neuen Tarifvertrages, eventuell bis 1. August, kündbar zum 15. August. Annahme oder Ablehnung bis zum 1. Juli einschließlich.

Der Abbau der Bankbeamten.

Die Zahl der seit der Stabilisierung der Währung in Deutschland abgebauten Beamten dürfte schätzungsweise 150 000 bis 200 000 betragen. In der „Frankfurter Zeitung“ wird die Zahl der im Jahre 1913 im Bankgewerbe beschäftigten Angestellten auf 100 000, am Ende der Inflationsperiode auf 375 000 geschätzt. Bei Entlassung von selbst 200 000 Angestellten dürfte demzufolge die Gesamtzahl der deutschen Bankangestellten noch erheblich höher sein als vor dem Krieg. So müssen wir bei einer weiteren Verschärfung der Geld- und Wirtschaftskrise noch auf Entlassung weiterer Scharen von Bankangestellten gefaßt sein. Die abgebauten Beamten können anderswo schwerer untergebracht werden. Hunderttausende werden auf diese Weise einem harten Schicksal preisgegeben. Ihre Arbeitslosigkeit trägt im übrigen infolge des Ausfalls ihrer Kaufkraft zur Verschärfung der Wirtschaftskrise bei, können doch Hunderttausende nicht mehr als Käufer am Markt auftreten. Die Berufsschichtung der abgebauten Bankbeamten wird einen langwierigen und schmerzhaften Prozeß darstellen. Oesterreich hat die Stabilisierungskrise bereits seit langem durchgemacht. Trotzdem hat der Abbau der Bankbeamten erst jetzt mit voller Wucht eingesetzt, als der Börsenkrach eine Anzahl von Banken in den Bankrott stürzte, während der Geschäftsumsatz der anderen infolge des Effektensturzes rapid zurückging. Die „Börse“ meldet den Abbau von 3500 bis 4000 Beamten, das heißt 17 Proz. der Bankangestellten seit Anfang dieses Monats. 2700 Angestellte müssen als Vertragsbeamte bereits Ende dieses Monats ihre Stelle verlassen. Selbst in Holland, wo das Finanzkapital heute stärker ist als je und die Bankabschlüsse sehr gute Ergebnisse zeigen, ist ein Beamtenabbau mit gleichzeitiger Herabsetzung der Gehälter der Beibehaltenen durchgeführt worden. Am die Dividenden und Lohntienmen zu erhöhen, mußten die allgemeinen Löhne gesenkt werden, wofür die Bankbeamten herhalten mußten.

Drohender Beamtenstreik in Oesterreich.

Die österreichische Regierung plant eine Verlängerung der Dienstzeit der Beamten, den Abbau der Bezüge der pensionierten Beamten und eine neue Befolgsordnung. Darüber ist es zwischen der Regierung und dem 25er Ausschuss, der die Organisationen der Beamten vertritt, zum Konflikt gekommen. Da die Regierung es abgelehnt hat, in der Frage der Dienstzeit Konzessionen zu machen, sind die Verhandlungen abgebrochen worden. Es besteht die Gefahr eines allgemeinen Beamtenstreiks.

Regierungsintervention im englischen Bauarbeiterkonflikt

London, 27. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die für die nächste Woche drohende Gefahr einer allgemeinen englischen Bauarbeiterauspeicherung hat den Minister Tom Shaw veranlaßt, die beiden Parteien, die bereits alle Verhandlungen abgebrochen haben, einzuladen und eine Beilegung des Konflikts zu versuchen.

Der Streik bei der Schnellwagenfabrik Georg Heinrich, Beuelstraße 70, ist beendet, nachdem die Differenzen mit der Belegschaft beigelegt sind. Die Streikleitung.

Kuhbruder. Der 7. Bezirk hält am 30. Juni, abends 7 Uhr, im Restaurant Wandt, Schöneberg, Pabststr. 25, eine Fraktionssammlung ab. Das Erscheinen aller Kollegen ist unbedingte Pflicht. Der Fraktionsvorstand.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Felix Eckmann; Gewerkschaftsbewegung: Friedr. Schöner; Funktionäre: Dr. John Schilowski; Lokales und Sonstiges: Frau Karstädt; Anzeigen: Ed. Glade; Amtslich in Berlin: Berlin: Bornstr. Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornstr.-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Distanz 2 Beilagen.

M. SCHULMEISTER



Hochbahnstation Köttbuser Tor

Preisabbau!

Herrenanzüge 27.-29.-32.-36.-40.-43.-49.-Mk.
Regenmäntel für Damen u. Herren 25.-28.-29.⁵⁰ Mk.

In der Sommerfrische

leisten die beliebten, praktischen **MAGGI'S** Erzeugnisse ausgezeichnete Dienste

Maggi's Würze — Maggi's Suppen — Maggi's Fleischbrühwürfel

Verlangen Sie aber ausdrücklich **MAGGI'S** Erzeugnisse

Sonntägliche Wanderziele.

Durch die Dubrow.

Vom Götlicher Bahnhof oder von der Stadtbahn (in Niederschöneweide umsteigen) bringt uns der Fernzug nach Groh-Beßen, das seinen Namen von dem slawischen bez = Holunder ableitet. In Gallunbrück und am Pählee vorbei kommen wir zur Chaussee nach Wendisch-Buchholz, der wir gen Süd bis zum Kilometerstein 36,5 folgen. Hier wenden wir uns links ab. Wir haben die Dubrow erreicht. Der Weg führt uns zum Forsthaus Dubrow, am Nordende des Forstersees. Der Kiefernwald ist in Eichenwald übergegangen und bald bilden die Eichen nahezu reine Bestände. In der Dubrow liegen zahlreiche Reiherrhorste. Früher horsteten hier 70 bis 80 Paar dieser Vögel; in den letzten Jahren ist diese Zahl jedoch beträchtlich gesunken worden. Um zu den Reiherrhorsten zu gelangen, wandern wir vom Forsthaus Dubrow auf dem Wege nach Prierosbrück etwa 10 Minuten, dann geht ein Weg nach Südosten ab, der in das Gefäß zwischen den Jagen 114/99 einmündet, dem wir folgen. Die Reiherrhorsten liegen im Jagen 98. Die hier horstenden Reiherr sind Fischreiherr. Ein wenig auffallendes, düster-graues Gefieder tragen sie, das nur am Hals und an den Schwingen von schwarzen Streifen abgeleitet wird. Den Kopf der alten Männchen zieren drei stattliche schwarze Schopffedern. Ihr Leib ist dürr und schwächig, Hals und Beine sind lang. Die Reiherr haben ein außerordentlich gutes Gehör und Gehör, wodurch sie ihre Beute und auch Gefahren sehr leicht wittern. Durch ihre schier unerfättliche Eier und Gefräßigkeit fügen sie dem Fischbestand in ihren Jagdgebieten einen nicht unbeträchtlichen Schaden zu. Das sollte jedoch kein Grund sein, um etwa diese in der Mark Brandenburg seltenen Vertreter der Vogelwelt auszurotten. Beanspruchen doch die Reiherr nicht nur Fischnahrung; auch anderes Geißer, das ihnen in den Weg kommt, verschmähen sie nicht. Sie gehen über das Gelege und die Brut der auf dem Boden nistenden Sumpf- und Wasservögel her und verschlingen auch Frösche, Weichtiere, Schlangen, Mäuse; sogar Reste von Ratten hat man in Reiherrmagen gefunden. Schon von weitem machen sich die Reiherr durch ihr Gefräße und Geschrei bemerkbar, und sobald man in die Nähe der Bäume kommt, auf denen sich Horste befinden, erkennt man ihre Spuren. Die sprichwörtlich scharfen Auscheidungen vernichten den Pflanzenwuchs auf dem Waldboden um den Horstbäumen; der Boden sieht wie mit Kalk bespritzt aus. Auch der Baum selbst leidet sehr und stirbt im Laufe der Zeit ab. Deshalb findet man die Reiherrhorste fast immer nur in den Wipfeln abgestorbener Eichen, von keinem schirmenden Laubdach verdeckt. Man kann sie daher gut beobachten, was gerade jetzt, wo die Jungen noch nicht flügge sind, äußerst anziehend ist. Von den Reiherrhorsten wandern wir auf dem Westufer des Schmölde-see's gen Nord. Die Wasseroberfläche des Sees wird hin und wieder von Booten belebt; wir sind an der Fahrstraße nach Teupitz. Der Weg führt uns nach Prierosbrück. Wir überschreiten die Dahme und sind in Prieros. Nun wandern wir möglichst nach links; in der Nähe des Längs Sees kommen wir nach Kolberg. Von hier geht der Weg durch die Niederung zwischen dem Längs See (links) und dem Wolziger See (rechts) nach Blossin. Von diesem Dörfchen, das auf einer halbinselartigen Landzunge zwischen dem Wolziger und dem Rüchensee liegt, wandern wir gen Nord durch Wald und über Felder zum Bahnhof Friedersdorf. Wir treten von hier aus die Heimfahrt über Königsmusterhausen (umsteigen) nach Berlin, an. (Weglänge etwa 24 Kilometer.)

Ferch.

Die Vorortzüge der Wehlarer Bahn bringen uns vom Bahnhof Charlottenburg nach Beelitz. Am Bahnhof liegen die ausgedehnten Heilstätten der Landesversicherungsanstalt Berlin. Die Lage ist für Lungenerkrankte und Genesende sehr gesundheitsfördernd, denn die Heilstätten sind von weiten Kiefernwäldern umgeben, deren reine Luft heilkräftig wirkt. Wir wandern in nordwestlicher Richtung weiter. Nach einer Viertelstunde, an der scharfen Biegung der Straße nach links, bleiben wir geradeaus; nach weiteren 20 Minuten geht rechts ein Weg ab, der nach Ferch führt. Das Dorf ist schon recht alt, bereits 1375 wird es erwähnt; aber schon in vorgeschichtlicher Zeit bestand hier eine menschliche Siedlung. Das Dorf zeigt sehr schöne, malerische Winkel. Besonders fallen die zahlreichen Backöfen auf, die abseits von den Häusern liegen, und bei denen sich besonders an den Tagen vor großen Festen ein geschäftiges und appetitliches

Birken abspielt (siehe Abbildung). Ferch liegt am Südbende des Schwielowsees, der sich als weite, aber flache Bucht der Havel von Spandau bis hierher erstreckt. Die Havel folgt in ihrem Lauf von Spandau bis Caputh-Geltow einer Seentette von nordost-südwestlicher Richtung, die als ein Zug von Rinnenseen aufzufassen ist. Dann bogen sie einen anderen Rinnenzug, der sich von Südost nach Nordwest erstreckt, durch den Großen und Kleinen Zernsee nach Kehn zu. Beide Seentritten sind von den Schmelzwässern des eiszeitlichen Inlandsees ausgewaschen worden. Bei Caputh-Geltow stoßen sie aufeinander. In der Vorzeit stieß die Havel in nordost-südwestlicher Richtung, wie sie von Spandau herkommt, weiter



Ferch, alter Backofen

durch den Schwielowsee und dessen gradlinige Fortsetzung, die die Niederung bildet, in der die vielfach von Dünen durchzogene Kemnitzer Heide liegt. Ueber Lehmin zog sie sich dann zu dem südlich gelegenen Glogau-Baruther Urstromtal hin, das sie mit dem nördlichen Berliner Urstromtal verband.

Von Ferch wandern wir auf dem Ostufer des Schwielowsees nach Nord. Am Ausgang des Dorles stehen mehrere alte Eichen am Wege, deren stärkste 5 1/2 Meter Umfang in 1 Meter Höhe über der Erde hat. Der Weg führt dicht am Seeufer hin. Wir sehen hier häufig langgestreckte, wallartige Erhebungen von mehreren Dezimetern Höhe. Sie sind im Winter von den Eisschollen ausgepreßt worden, die beim Eintritt von Lawetter auf das Land hinaufgeschoben wurden. Vielfach ist auch das trockene Röhricht zu solchen Wällen zusammengeschoben worden. An Flottstelle vorüber kommen wir nach Caputh. Mit der Fähre lassen wir uns über die hier nur sehr schmale Havel zum anderen Ufer überlegen. Die Straße führt über die Bahn von Wildpark nach Beelitz. Durch schönes Laubgehölz wandern wir weiter und kommen über einen schmalen Wasserlauf, der vom Pegeln zur Havel führt. Wir halten uns möglichst rechts und gelangen bald an das Ufer des Pegeln, eine stille Bucht, die mit der Havel durch mehrere Arme in Verbindung steht. Ein Kranz von Alazien, Birken und Ebereschen rahmt die Wasseroberfläche ein. Wir wandern unter der Eisenbahnbrücke hindurch und sind nun am Ufer der Havel. Der Weg führt durch einen schönen Wald unmittelbar neben dem Strom hin, den dichtes Ufergehölz begleitet. Am Forsthaus Gaisberg

vorüber kommen wir zur Luftschiffhalle. Adann führt der Weg wieder über die Bahn, und wir haben die ersten Häuser von Potsdam erreicht. Wir wandern zum Bahnhof Charlottenhof und können von hier aus zurückfahren oder wir machen noch einen Gang durch die Stadt und kehren vom Bahnhof Potsdam aus heim. (Weglänge bis Charlottenhof etwa 23 Kilometer, bis Bahnhof Potsdam etwa 3 Kilometer weiter.)

Das Malerdorf am Schwielowsee.

In Ergänzung der vorausgehenden Wanderung durch Ferch dürfte die folgende ausführliche Schilderung des fast historischen Berliner Malerwinkels am Plage sein.

In der fast endlosen Reihe märkischer Seen gibt es einen, den der Erzähler der Mark, Theodor Fontane, mit dem Kochsee in Oberbayeren verglichen hat: einmal auch mit dem stillen, schwermütigen Mondsee, im Salzburgerischen. Es ist dies der Schwielowsee, der sich in südwestlicher Richtung von Potsdam als Zipfel der die Biegung nach Süden machenden Havel tief in ein herrliches Waldgebiet erstreckt. Und es ist kein Zufall, daß gerade hier am äußersten Ende dieses Sees ein Dorf liegt, das von Malerleuten und Künstlern aller Art schon seit Jahren aufgesucht wird, gerade wie die Dörfer an den oberbayerischen Seen, die sich stellenweise als Künstlerkolonien eines besonderen Rufes erfreuen. Der Vergleich paßt um so eher, da das Ganze in seinen Einzelheiten wenig an das erinnert, was man in der Mark sonst zu finden gewohnt ist. Die Natur wollte an dieser Stelle etwas Außergewöhnliches tun; sie wollte eine freundliche Laune betriebligen, und baute einen Schutzwinkel von Bergen und Hügeln, umschlossen mit Eichen, sattem Buschwerk und üppigem Wiesen- und Blumenflor: es wurde ein Paradies in der Mark. Mitten darin liegt Ferch, das Malerdorf. Lange schon kennt Berlins Malerwelt dieses sommerliche Ziel, um die Natur zu studieren und mit ihr zu leben. Man sieht in den kappertigen Beranden oder Vorläuben, die aus den Resten umgefallener Zäune gezeichnet wurden, die grundierete Steinwand zum Trocknen aufgehängt. Man findet die bunten Bappchen, die zum Pinselreinigen dienen, hier und dort zwischen den bunten Bauernblumen, den Maloen und den großen Rohnblüten. Man sieht plötzlich an der Wand einen zinnoberroten Fleck und daneben etwas Ocker, wo einer versucht hat, ob die Farbe „sitzt“. Und zuweilen auf den wackeligen Brettern Tischen ein freundliches Arrangement, das so gar nicht in die Umgebung zu passen scheint, eine schöne Vase und Blumen darin, und rund herum die besten Früchte — man erntet sie hier ebenfalls in großen Massen — kurz, alles, was zu einem richtigen Stillleben gehört. Doch ist das Dorf an gewissen Stellen selbst ein richtiges Stillleben. Da ist ein altes, kleines Kirchlein, noch aus dem sechzehnten Jahrhundert, mit altertümlichen, felsamen Geräten, die sich die Fremden gern ansehen. Veräucherte Backöfen, wie Burgen gebaut, liegen am Wege, und über ihnen stimmert heiße Luft, und der Geruch des frischen Brodes geht ihnen zehn Schritte voraus. Kloben und Knüppelholz ist hoch aufgeschichtet, und oben auf sieht einer im tiefen Eifer und skizziert das Durcheinander von Strohdächern.

Wo es dann in die Wiesen und Felder geht, die rings von prächtigem Wald mit viel Eichen umgeben sind, da gibt es die besten Plätze für Landschaftsstudien; da sitzen die jungen Damen, die die Kunst mit Mühe und Not lernen und die, die sie schon aus dem Ff verstehen, und mühen sich unter dem Walschirm, das beste Grün zu finden. Sie sind angestrengt, sehen nichts rund herum, auch die Kinder nicht, die sie belagern, als nur den Himmel und das widerspenstige Objekt. Aber die jungen Mädchen sind trotz der Arbeit braun und gesund geworden, denn nach der schweren Kunst liegt der Schwielowsee zum Baden bereit, weiße Segel sind auf dem Wasser, und die Hand, die mit dem Pinsel nicht vorsichtig genug hanterten konnte, verfehlt das Ruder zu führen.

Der Sport ist hier mit den Malerleuten. So erzählt man sich von einem, der frisch von der Akademie mit den besten Farben und dem besten Willen hierherkam und jetzt nicht wieder fortgeht. Nun ist er ein alter Mann, der gegen bare Münze mit seinem vollgepackten Segelboot verwegene Touren ausführt. Er hat das Malen verlernt. Da er selbst das Blau für den Himmel niemals herausbekam, so prophezeit er allen, die es hören wollen, den gleichen Mißerfolg mit derselben Farbe und rät ihnen zum Sport.

Die Venus von Syrakus.

Von Clara Kahl.

Man konnte nicht etliche Tage, drei Stunden weit, mit dem kunstvoll verkleideten Eselwagen fahren. Wenn Mütterchen Rosina auch sichernd zustimmte, es wäre allzu auffallend gewesen.

Er bebt, wartete, verzagte, hoffte. Und dann fiel alle Gnade vom Himmel: Bianca, die Herbe, die Schlanke, schlüpfte wie eine Eidechse über den sonnenwarmen Weg.

Doch ehe sie das Haus der Schwägerin erreichte, hielt sie ein Ruf aus den Agaven fest.

„Vorsicht — es gibt die Herrin!“ Klang es unterdrückt.

Bianca hücte sich und knüpfte ein Schuhband fest.

„Was ist es?“ stieß sie hervor.

„Hier, dieser Brief!“ Eine braune Hand streckte sich ihr entgegen.

Bianca sah scharf hin, nahm den Brief und steckte ihn in ihr Nieder.

„Du — du bist es!“ flüsterte sie erstaunt. Sie erinnerte sich deutlich des jungen Burschen, der ihrem Marcello ähnlich sah und ein Büschel goldgelber Blüten für sie gepflückt hatte.

„Ja — ich! Der Brief ist von dem Einzigen,“ flüsterte Renzo erregt, „du weißt es, von ihm, dem Einzigen.“

„O ja — ich weiß. Krieche fort, schnell, verbirg dich. Nenne seinen Namen nicht, niemand. Auf mich kannst du dich verlassen.“

Die letzten Worte wehten nur schwach hinüber, so, als ob Bianca zu einem Vogel auf dem Baume gesprochen hätte. Sie schritt weiter und sah in die Luft hinein.

Der Brief, der Brief! War es nicht eine Wonne, eine Erlösung! Ihre Herrin weinte sich fast die Augen aus nach dem Conte Sisto. Die Stalze, Schöne, sie weinte. Sie Bianca, sie brachte ihr eine Nachricht.

Das Mädchen glühte vor Seligkeit. Kürzer noch als sonst sah sie auf dem kleinen Schemel, rücte unruhig hin und her, redete schale Worte über dem Herzen weg.

Sie wußte zu ihrer Herrin.

Am liebsten wäre sie geflogen.

Endlich einmal eine Wohlthat für die Süße, ein Glück.

Alle Welt sagte, er wäre in Rom, schickte Boten um Boten zum Vatikan.

Wer weiß, vielleicht gelang es ihm, diese Ehe für ungültig erklären zu lassen.

Vielleicht wollte er irgend etwas wissen, mußte unbedingt eine Auskunft haben.

Von diesem einen Briefe konnte die ganze Zukunft der armen Prinzessin abhängen.

Durch Feuer und Wasser hätte sie ihn ihr gebracht!

Der Weg war zu lang, der Hemmungen zu viele — dieser Brief mußte sofort in den Händen der geliebten Herrin sein.

Bianca lief durch die heiße Sonne, als umschwebte sie die dustende Abendkühle.

Livia sah am Fenster und sah ernstes Antlitzes in den starren grünen Garten hinab. Sie war in ihrem Schlafzimmer, dem einzigen Raume, der in diesen Wochen ihr, nur ihr gehörte.

Als Bianca eintrat, sah Livia gleich die Spannung, den Glanz auf dem Gesichte ihrer Jose.

Das Mädchen sagte nichts, sie reichte ihrer Herrin nur den Brief.

Livia, schön wie ein Götterbild, lehnte sich eine Weile zurück. Sie vermochte nicht diese Nachricht, die nur von Sisto kommen konnte, sofort in sich aufzunehmen.

Alles um sie her verlör Farbe und Form. Sisto, Sisto! „Einer, den ich kenne, für den ich mich verbürge, gab mir den Brief, ein Freund!“ flüsterte Bianca. Sie zog sich bis zu dem breiten Himmelbett zurück und faste zitternd in die Falten der himbeerroten Seide.

Langsam, ganz langsam öffnete Livia den Brief — las, erblähte, las nochmals —

„Bianca, kennst du ihn gut, den Boten?“ fragte Livia heiser, „kann er nicht vom Prinzen abgefandt worden sein?“

„Nein, Prinzessin, unmöglich. Ich sagte es ja, ein Freund, ich verbürge mich.“

Livia erhob sich unsicher. „Bernichte den Brief, unbedenkt, im Herdfeuer,“ sagte sie, „dann komm zurück.“ Sie wußte es, das Mädchen war ihr völlig ergeben.

„Ja, sie wollte es wagen.“

Sisto hatte ihr Befreiung versprochen. Wie sie kommen sollte, wann, das wußte sie nicht. Sie hatte nichts mehr von ihm gehört. Er war zurückgekehrt. Nun, sie wollte vertrauen.

Sie wollte den Weg gehen, auf den er sie rief. Nichts in der

Welt konnte fürchtbarer für sie sein, als die Ehe mit dem Principe di San Cataldo. — Feuer und Schwefel auf alle, die ihren Sisto verleumdete, die sie von ihm getrennt hatten.

Bianca mußte die alte Hüterin, die ohnehin nicht mehr eifrig wachte, am Abend zurückhalten.

Güte Gründe würden ihr einfallen. Lieble die Schwester des Prinzen nicht schönen alten Schmuß? Bianca sollte ihn hervorholen, zeigen! Gerade um die rechte Stunden.

Zu jener Stunde, in der ihr Kerkermeister in der Kapelle betete.

Alles war möglich! Die stolze junge Livia dachte wie Ercole.

Und sie dachte auch wie Renzo: nur Bianca konnte helfen.

So nahm sie des Mädchens Hand, zum ersten Male tat sie es, und sie sagte der Rose mit wenigen festen Worten, was geschehen mußte; doch Bianca durfte niemals, wohlgerne! niemals, auch nur eine kleine Silbe sagen, die die Herrin veruraten könnte.

Bianca küßte die Hand der Prinzessin und weinte.

„Ich rufe dich — später,“ sagte Livia. Und nun war alles beschlossen. —

Ercole schlenderte unter den alten, schiefen Delbäumen herum. Am liebsten hätte er laut heraus gefungen.

Natürlich kam sie. Es gab keinen Zweifel für ihn.

Riccol's stand mit dem Eselwagen, an den Ercole noch etliche kleine Glocken gehängt hatte, hinter der nächsten Bodenwelle.

Es war eine singende, bezaubernde Ruhe ringsumher.

Die Delbäume neigten sich wie alte, verträumte Menschen, die gemeinsam ein langes Leben verbracht haben, zueinander hin.

Hie und da sang ein Vogel in aufsteigendem Entzücken, wie aus zauberlichem Traum.

Die Blumen glühten in zitternder Luft.

Renzo war längst, längst unterwegs, immer mit der atemraubenden Frage, die ihn am Mittag schon durchhämmert hatte, als er auf die erste, auf Bianca, harrte: kommt sie oder kommt sie nicht?

Ercole dachte an ihn, lächelnd.

Wie machten sich die Menschen das Leben so hart, wenn sie ihr Herz auf etwas gesetzt hatten!

Nehmen, nehmen!

(Fortsetzung folgt.)

Der jugendliche Lüstling als Totschläger.

Das Verbrechen an Juge Bartkowiński vor dem Schwurgericht.

Der siebzehnjährige Realpupille Günter Seidel aus Charlottenburg, der am 6. September vorigen Jahres im Hause Ullandstraße 185/186 an der neunzehnjährigen Ingeborg Bartkowiński ein Sittlichkeitsverbrechen beging und dann das Kind mit einer Schnur erdroffelte, stand gestern nochmals vor Gericht. Im Mai dieses Jahres verurteilte ihn, wie der „Vorwärts“ berichtete, das Jugendgericht Charlottenburg zu zwei Jahren vier Monaten Gefängnis, wovon vier Monate auf die Untersuchungshaft angerechnet wurden, weitere neun Monate zu verbüßen waren und der ganze Rest nach vierjähriger Bewährung erlassen werden sollte. Gegen dieses Urteil, das den Eltern des Jungen noch zu hart schien, wurde Berufung eingelegt, aber auch der Staatsanwalt, der fünf Jahre drei Monate Gefängnis beantragt hatte, wandte sich an die Berufungsinstanz. Die zweite Strafkammer des Landgerichts III mußte, wie das Jugendgericht, unter Ausschluß der Öffentlichkeit verhandeln, zugelassen wurden aber die Vertreter der Presse. Unter den beiden Schöffen der Strafkammer war eine Frau.

Günter Seidel, der nach der Jugendgerichtsverhandlung zunächst auf freien Fuß gesetzt und dann wieder in Haft genommen worden war, wurde aus dem Untersuchungsgefängnis vorgeführt. Er machte den Eindruck einer scharf begreiflichen Ruhe, und bei seiner Vernehmung zeigte er, daß er mit Aufmerksamkeit und Ueberlegung die sich ihm zu seiner Verteidigung bietenden Handhaben zu benutzen versteht. In der Schule ist er nicht gut vorwärts gekommen, aber wohl nicht aus Mangel an Begabung, sondern zum Teil wegen seiner Faulheit, wie er selber angab. Seine Tat schildert er in einer Unbeweglichkeit der Miene und des Tons, die nicht auf viel Empfindung für das Entsetzliche schließen ließ, und auch die ernststen und eindringlichsten Worte des seine Darstellung anzeigenden Vorsitzenden, des Landgerichtsdirektors Siegert, brachten ihn nicht aus der Fassung. Nur einmal, als ihm ein Bild des erdroffelt aufgefundenen Kindes vorgelegt wurde, machte er einen kaum echt scheinenden Versuch, zu weinen, und er erklärte, er könne das nicht ansehen. Seidel, der von seinem 12. oder 13. Lebensjahr ab gewissen Bewirrungen geschlechtlicher Art erliegen war, wiederholte die vor dem Jugendgericht gegebene Darstellung, die dort Glauben gefunden hat, die Behauptung nämlich, daß er schon zwei Jahre hindurch die Gewohnheit gehabt habe, die kleine Ingeborg in unsittlicher Weise zu berühren, und daß sie ihm ein deutliches Entgegenkommen gezeigt habe. Ingeborgs Vater, dem die Teilnahme an der Verhandlung erlaubt worden war, protestierte erregt gegen diese Verunglimpfung des Kindes. Landgerichtsdirektor Siegert sagte dem Angeklagten: „Das ist stets die Ausrade von Sittlichkeitsverbrechern, daß die Kinder angefaßt haben sollen. Es wäre geradezu abschulisch, wenn Sie das Kind, das dieses tragische Schicksal erlitten hat, jetzt noch mit Schmutz bewerfen wollten.“ An jenem 6. September habe, so schildert Seidel weiter den Hergang, die mit ihm in den Keller des Hauses gegangene Kleine sich gegen seine Versuche gewehrt. Er habe, erschrocken darüber, daß ihre Richtung zerriff, sie am Weglaufen hindern wollen. Dabei sei sie gegen die Kellerwand geschleudert worden, sei bewusstlos hingestürzt, und ihm sei dann, weil

er wünschte, daß nichts herauskäme, plötzlich der Gedanke eingefallen: „Nach sie tot!“ Mit einer Zuckerschur, die er angeblich zufällig in der Tasche hatte, habe er dann dem Kind den Hals zugeschnitten. Nach Ansicht des Sachverständigen Medizinalrat Strauch hat das Kind durch Erdrofflung den Tod gefunden. Der bei der Obduktion festgestellte Schädelbruch, den es bei dem Sturz gegen die Kellerwand erlitt, war so schwer, daß auch er später zum Tode geführt hätte. Daß Seidel nach der Tat sich kühl zu beherrschen vermocht hat, ergaben die Befundungen mehrerer Zeugen. Frau Bartkowiński, die Mutter des Opfers, die der Verhandlung unter wiederholten Ausbrüchen ihres Schmerzes folgte, schilderte, wie ruhig ihr Seidel antwortete, als sie suchend ihn selber nach der Verschundenen fragte. In der Schule wurde er beobachtet, weil die Polizei ihn für verdächtig hielt, aber kein Lehrer merkte ihm etwas an. Erst nach drei Wochen brachte die Polizei ihn zum Geständnis.

Vor der Strafkammer wurde von dem Sachverständigen Medizinalrat Störmer die Tat aus einer Entartung des Jungen erklärt, die durch weit zurückreichende erbliche Belastung herbeigeführt sei. Das Leben der Eltern, der Großeltern, selbst einer Urgroßmutter Günters war durchforstet worden, und in einer sehr peinlich wirkenden Darlegung, die in Gegenwart der auf der Zeugenbank sitzenden Eltern und des auf der Anklagebank sitzenden Jungen gegeben wurde, trug der Sachverständige das Ergebnis vor, um Psychopathie glaubhaft zu machen. Der Staatsanwalt Klenroth folgte ihm so weit, daß auch er die Ueberlegung verneinte und nur Totschlag annahm. Er beantragte aber fünf Jahre drei Monate Gefängnis und Verlegung einer Bewährungsfrist. Der Verteidiger Rechtsanwalt Runge beantragte Freisprechung von der Anklage des Sittlichkeitsverbrechens, für dessen Strafbarkeit dem jugendlichen Seidel das Verständnis gefehlt habe, und mindestens mildernde Umstände in der Beurteilung des Totschlags. Nach langer Beratung kam das Gericht zu dem Urteil, bei dessen Verkündung der Vorsitzende unter anderem ausführte: Seidel sah die Entschluß, sich an dem Kind zu vergehen. Als es sich wehrte, stieß er es brutal, so daß es fiel und sich den Schädel zerbrach. Er entschloß sich dann, es ganz zu töten, um einen Zeugen aus der Welt zu schaffen. Lüge ist es, daß er schon lange etwas mit dem Kinde vorgehabt habe. Alles, was er davon gesagt hat, ist von A bis Z erlogen. Er ist der Verwahrloste und er hat das Kind auf dem Gewissen. Vieles spricht dafür, daß er die Kleine sogar mit Ueberlegung getötet hat. Aber das Gericht hat schließlich nur Totschlag angenommen. Dieser ist von einer kaum begreiflichen Kaltblütigkeit und Rücksichtslosigkeit. Seidel mag erblich belastet sein, aber er ist für seine Tat verantwortlich. Auch kein Sittlichkeitsvergehen kann nicht straflos bleiben.

Das Gericht erkannte auf sechs Jahre Gefängnis für den Totschlag, ein Jahr Gefängnis für das Sittlichkeitsverbrechen, zusammengezogen in 6½ Jahre Gefängnis. Die Untersuchungshaft wurde angerechnet, Strafauflage und Bewährungsfrist wurde verjagt. Die vom Jugendgericht angeordnete Schulaufsicht für den noch jugendlichen bleibt bestehen.

Das Urteil schien auf Seidel wenig Eindruck zu machen. Er nahm es ohne merkbare Erregung entgegen.

Ohne Etat.

Die Fortsetzung der bürgerlichen Stadtverordnetenobstruktion.

Die bürgerliche Obstruktion im Rathaus entwickelt sich bereits nach Schema F. Das Schauspiel fängt an, reizlos und langweilig zu werden. Jeder weiß, was kommen wird, und in zwei Minuten ist der ganze Spul erledigt. Heute wird noch einmal die bereits angekündigte Sitzung abgehalten werden und am nächsten Donnerstag wird die letzte Sitzung vor den Ferien stattfinden. Berlin geht, genau wie voriges Jahr, ohne Etat in die Ferien. Vielleicht ist das nicht so schlimm, denn die Steuern laufen mit unveränderten Sätzen, und Ueberraschungen sind in den Ferien wohl kaum zu erwarten. Dann wird sich zeigen müssen, ob ein Ausweg aus der Situation gefunden wird oder ob es in den Wahlkampf geht. Augenblicklich scheint aber alles ferien- und reiselustig gestimmt zu sein.

Die gestrige außerordentliche Sitzung des Stadiparlaments hat kaum 5 Minuten in Anspruch genommen. Sie wurde kurz nach 5 Uhr vom Vorsitzenden eröffnet. Auf der rechten Seite des Sitzungssaales hatten sich im ganzen etwa 5 bis 6 Mitglieder eingefunden; die Obstruktion der Bürgerlichen nahm somit ihren Fortgang. Der Vorsitzende machte Mitteilung von einem Dringlichkeitsantrag, der gegen die widerrechtliche Verhaftung des kommunistischen Stadtrats und Stadtverordneten Dörtschäfers protestiert und den Magistrat auffordert, alles aufzubieten, um die ungesunde Entlassung Dörts zu bewirken, damit er seiner öffentlichen Wirkamkeit wiedergegeben werde. Der Antrag wurde ohne Widerspruch einstimmig zum Beschluß erhoben. Darauf beantragte Streiter (DAP) die Vertagung und bezweifelte zugleich die Beschlußfähigkeit des Hauses. Vorsitzender hat: Da ein Zweifel an der Beschlußfähigkeit nicht besteht, ist die Sitzung geschlossen. Die Sitzung, die zu morgen einberufen ist, muß, da die Tagesordnung nicht erledigt ist, natürlich stattfinden. Schluß 5.05 Uhr.

Blitzschläge während des Gewitters.

Bei dem gestrigen Gewitter, das über Berlin hinweg, schlug der Blitz in Straßenbahnmaße ein. Die Wilmersdorfer Feuerwehr wurde einmal in die Westfälische Straße und ein zweites Mal nach dem Hohenzollernpark gerufen, wo Straßenbahnmaße in Flammen standen. Es gelang der Feuerwehr bald, die Brände zu löschen.

Ein Revolveranschlag beschäftigt die Polizei. Als der Postausbehalter Karl Kießhöfer aus der Poststr. 52 in der Nacht zum Donnerstag um 11½ Uhr nach Hause kam und ausschließen wollte, gab, wie er anzeigte, ein unbekannter Mann im Lärmweg einen Schuß auf ihn ab, der sehr ging. Kießhöfer, der der kommunistischen Partei angehört, vermutet in dem Schützen einen politischen Gegner, weil er wiederholt Drohbriefe erhalten habe, in denen man ihm angekündigt habe, daß man ihn „erlegen“ werde, wenn man ihn zu lassen bekomme. Die polizeilichen Nachforschungen blieben bisher erfolglos. Ein Kugelschlag war in dem Lärmweg nirgends zu finden. Mittellungen zur Aufklärung nimmt das Polizeipräsidium entgegen.

Straßenperrung für Automobile. Auf Veranlassung des Berliner Bänderklub ist die vom Ausflugs- und Wanderverkehr stark benutzte Straße vom Bahnhof Wildpark über Restaurant Ruhfort nach Gellert an Sonntagen und allen gesetzlichen Feiertagen mit sofortiger Wirkung durch den Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg für den Kraftwagenverkehr gesperrt worden.

Vermisst wird seit 14 Tagen der 55-Jahre alte Registrator a. D. Wilhelm John, der in Lichterfelde-West am Hindenburgdamm 51 wohnte. John wurde heimlich, weil er abgebaut worden ist und fürchtete, jetzt keine Familie nicht mehr ernähren zu können. Am 11. d. M. ging er von Hause weg, kam nicht wieder und ließ auch nichts von sich hören. Der Vermisste ist 1,72 Meter groß und kräftig gebaut, hat graues Haar und einen grauen gestrichelten Schnurrbart, blaue Augen und ein längliches Gesicht und trug einen hellgrünen Hut mit grünem Band, einen hellgrünen Jacketanzug und dazu eine Weste mit schmalen Streifen. Am rechten Ober-

schenkel hat er eine Warte. — Aus dem Gensungsheim Wandorf verschwunden ist seit vergangener Montag der 21 Jahre alte Gärtner Artur Bilg, der an Schwermut leidet. Er ist mittelgroß, hat blaue Augen und ein bartloses Gesicht und trug eine Drillschleife mit Bleitropfen. Ein besonderes Kennzeichen ist eine 3 Zentimeter lange Narbe am ersten Glied des Daumens und des Zeigefingers der rechten Hand. Mitteilungen über den Verbleib der beiden Männer an Kriminalkommissar Böhmig, Zentrale für vermiste Personen im Polizeipräsidium.

Im Berliner Aquarium sind in diesen Tagen zwei verschiedenen Arten angehörige Korallenatmern angekommen, die zu den farbenprächtigsten Schlangen gehören, die es gibt, denn sie sind in ihrer rotweißgelben und schwarzen Querringelung geradezu verblüffend schön. Die Tiere stammen aus Brasilien und sind im Gegensatz zu den fast ebenso gefärbten giftigen Korallenatmern durchaus harmlos. Sie nähren sich anscheinend von Mäusen und kleineren Kriechtieren, waren aber bisher hier zur Annahme von Futter noch nicht zu bewegen. Diese auffallenden Schlangen, die in den Behältern 15 und 16 an der Krokodillhalle untergebracht sind, stellen ein schönes Gegenstück zu der in der Nähe hausenden nordamerikanischen Krokodillatmer dar, die sich hier seit Jahren an Mäusen geradezu gemästet hat.

Riesen-Feuerwerk im Grunewald. Heute, Sonnabend, abends 8 Uhr, wird auf der Grunewald-Kennbahn ein Feuerwerk abgebrannt werden, das ohne jedes Belohnung für sich als Veranstaltung gilt und über zwei Stunden dauert. Die Berliner Sportpalast-Ges. hat die holländischen Protokollanten Gebrüder Pinto aus Neapel verpflichtet, die Spezialisten auf dem Gebiete des Groß-Feuerwerkes sind. Für die Berliner Veranstaltung wählte man die Grunewald-Kennbahn, wo heute abend von 8—11 Uhr das Riesen-Feuerwerk abgebrannt wird.

Wochenreisen. Die Groß-Berliner Ortsgruppe des „Vollreisereisenden“ hat, Karlsruhe 4, verankert ab Sonnabend, den 23., allwöchentlich zweitägige Reisen nach dem Spreewald (16 M.); unter örtlicher Führung wird den Teilnehmern die landschaftliche Schönheit des wunderbaren Erntebaldes und der schönsten Spreewaldorte mit all ihren bemerkenswerten Einzelheiten gezeigt, zumeist in ruhiger Kahnfahrt. Eine andere zweitägige Reise führt in die Ruppiner Schweiz (18 M.), einlängige Reisen nach Dubrowo-Neiborsdorf (8 M.) und Fürstentum-Rheinsberg (13 M.). Die Preise (Schiffen, Fahrt, Unterkunft und Verpflegung ein. Nebungen werden entgegengenommen in der Geschäftsstelle Karlsbad 4, bei E. Klein, Niederlagenecke, Spreer. 16, Paul Boltmann, Oberlagenecke, Deuller. 13, A. Wunderling, Friedrichshagen, Altkanalstr. 15a, Metzger u. Peter, 8, Hiltensbergplatz 3, Allgemeiner Verband der Bankangestellten, Berlin, Französischestr. 1, Tabakserie 15, Berlin, Inselstr. 6, Ballet des Restaurants im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 24.

Wetter für morgen.

Besser für Berlin und Umgegend. Stiller, zunächst überwiegend bewölkt mit etwas Regen, später langsam aufklarend bei ziemlich trübem nordwestlichen Winden.

Für Deutschland. In Süddeutschland weiterhin warm, in Nord- und Mitteldeutschland wesentliche Abkühlung mit leichten Regenschauern, im Osten Gewitter.

Das Rundfunkprogramm.

Sonnabend, den 28. Juni.
Tagesschau. Vormittags 10 Uhr: Nachrichtendienst. Bekanntgabe der Kleinhandelspreise der wichtigsten Lebensmittel in der Zentralmarkthalle. Nachm. 12.15 Uhr: Vorbörsen. Nachm. 12.55 Uhr: Uebermittlung des Zeitzeichens. Nachm. 1.05 Uhr: Nachrichtendienst. Nachm. 2.15 Uhr: Börsenbericht.
5.30—7 Uhr abends: Unterhaltungsmusik (Berliner Funkkapelle).
7.30 Uhr abends: Vortrag der Frau Wilhelmine Mohr: „Kinderhilfe im Haushalt“. 9—11 Uhr abends: Blasorchester. Dirigent: Kapellmeister Karl Poitschach. I. Unter dem Siegesbogen, Marsch, von Fr. v. Bion. 2. Ouverture zu „Stradella“, von Flotow. 3. Der Rose Hochzeitstag, Charakterstück, von Jessel. 4. Ein Sommerabend, Walzer, von Waldteufel. 5. Niederländisches Dankgebet, von Ed. Kremser. 6. Parade-marsch der 18er Husaren, von Möller.
10.05 Uhr abends: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten. Zeitaussage, Wetterdienst, Sportnachrichten. 10.15 bis 10.30 Uhr abends: Tanzmusik, ausgeführt von der Tanzkapelle Formigini.

Wirtschaft

Der Reichsindex für die Lebenshaltung. (1913/14 — 1)

| | |
|-------------|------|
| 7. Januar | 1,13 |
| 11. Februar | 1,03 |
| 18. " | 1,04 |
| 25. " | 1,05 |
| 3. März | 1,06 |
| 17. " | 1,07 |
| 9. April | 1,11 |
| 23. " | 1,13 |
| 30. " | 1,14 |
| 7. Mai | 1,15 |
| 14. " | 1,16 |
| 21. " | 1,15 |
| 28. " | 1,13 |
| 18. Juni | 1,12 |
| 25. " | 1,11 |

Abnahme gegen die Vormoche 0,9 Proz.

Die Textilenquete.

Ueber die bisherigen Arbeiten der Textilenquetekommission wird folgender Bericht verbreitet:

Die Textilenquetekommission des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats hat zahlreiche Sachverständige aus den einzelnen Spezialgebieten der Textilwirtschaft benommen. Noch nicht benommen ist die Ausrüstungsindustrie (Färberei, Bleicherei u. a.). Die Kommission hat wegen der Vielgestaltigkeit der Textilwaren auf eine Untersuchung der Verhältnisse in der Textilwirtschaft schlechweg verzichtet und die Untersuchung auf eine Anzahl von Artikeln der Baumwollindustrie, Wollindustrie, Mäntel-, Leinwand-, Seiden-, und Konfektionsindustrie beschränkt. Die Untersuchung ergab, daß die Verhältnisse bei den meisten Unternehmungen so verschieden waren, daß die Tatsachen wohl eine gewisse Bedeutung als Material haben, aber kaum als allgemein gültig anzusprechen sind. Die Kommission mußte die Angaben der benommenen Sachverständigen auf Treue und Glauben hinnehmen, wenn sie nicht jeden Betrieb in eingehender Besichtigung hätte nachprüfen wollen. Wenn auch die Glaubwürdigkeit der Sachverständigen nicht angezweifelt wird, so waren doch durch die Methode, die die Enquete anwenden mußte, gewisse Grenzen gezogen, die eine abstrakt einwandfreie Feststellung der Ergebnisse unmöglich machte.

In bezug auf die Kredite der einzelnen Unternehmungen, auf die Schwankungen der Rohstoffpreise, auf die Arbeitsprozesse, auf die kommunalen Besteuerungen, auf die Beeinflussung der Mode auf Spezial- und Modeartikel, auf den Beschäftigungsgrad usw. gibt es in den einzelnen Branchen wie in den einzelnen Unternehmungen so große Abweichungen, daß sie allgemeingültige Schlussfolgerungen über die Kalkulationsgrundlagen und Ergebnisse erschweren.

Auf Grund der Ergebnisse der bisherigen Untersuchung neigt die Kommission zu der Auffassung, daß die Preissteigerungen vorwiegend auf die allgemeinen und die in den deutschen Verhältnissen liegenden besonderen Verteuerungsfaktoren zurückzuführen werden müssen. Der wichtigste der allgemeinen Verteuerungsfaktoren ist der in die Höhe geschossene Rohstoffpreis. Der zweite ins Gewicht fallende Verteuerungsfaktor sind die Steuern. Hier wirkt die zum Teil sehr hohe Gewerbesteuer, je nach dem Standort des Unternehmens, ganz verschieden. Am unangenehmsten empfunden wird in der Textilindustrie die Belastung durch die 2½prozentige Umsatzsteuer. Sie ist deshalb so hoch, weil die meisten Textilprodukte durch zahlreiche Hände gehen und das Endprodukt dadurch eine Verteuerung erfährt, die sämtliche Sachverständigen als verhältnismäßig bezeichnet haben. Von allen Sachverständigen ist die Zunahme der Kapitalkosten als Preissteigerungsgrund ersten Ranges angegeben worden.

Die Sachverständigen haben nahezu einstimmig darauf hingewiesen, wie sehr die nicht vollständige Ausnutzung ihrer Betriebe die Generaluntkosten erhöht und wie gering die relative Kostensenkung ist, wenn die Produktion herabgesetzt wird. Auslandsverläufe weit unter dem Inlandspreis wurden mit der Abfahrt erklärt, nicht nur Devisen zu beschaffen, sondern auch den Betrieb so voll wie möglich laufen zu lassen. Die ungünstige Lage der deutschen Textilindustrie, besonders gegenüber der ausländischen Konkurrenz, ist darauf zurückgeführt worden, daß die ausländische Konkurrenz umfangreiche Rohstoffeinkäufe während der deutschen Inflationsperiode günstig vornehmen konnte. Der verteuerte Verlauf durch unproduktive Arbeiten ist immer noch vorhanden, für die Lohn- und Steuererhältnisse usw. muß eine viel zu große Angestelltenkraft beschäftigt werden.

Die Lohnsteigerung ist nicht derart, daß der Lohnanteil am fertigen Produkt wesentlich verteuert wird; der Lohnanteil ist zurzeit prozentual geringer als in der Vorkriegszeit.

Die Kommission hat über eine ganze Anzahl kalkulatorischer Angaben aus der Vorkriegszeit wie aus der Gegenwart mit den Sachverständigen und den Regierungsvertretern verhandelt. Keine dieser Kalkulationen ist aber ohne Einschränkung in die Bücher nachprüfbar. Die in Ansatz gebrachten sichtbaren Gewinnätze waren in allen vorgetragenen Fällen normaler Art; die Kommission konnte aber nicht feststellen, ob die einzelnen Berechnungen der Selbstkosten reichlich oder knapp bemessen waren. Das Verhältnis, in dem die einzelnen Kalkulationsposten zu dem Preise der Fertigprodukte stehen, ändert sich nicht unwesentlich, falls eine der Voraussetzungen für die Aufstellung des jeweiligen Kalkulationspostens falsch war oder sich nachträglich geändert hat. Die Untersuchung der Preisfaktoren in der Textilindustrie, die nicht sehr zahlreich sind, soll Anfang Juli erfolgen.

Die Neuorganisation der Reichsbank.

Der Zentralausschuß der Reichsbank hielt am Freitag in Anwesenheit des Reichsbankpräsidenten eine Sitzung ab. Der Reichsbankpräsident Dr. Schacht führte im Verlauf der Besprechungen u. a. folgendes aus: In Uebereinstimmung mit dem Beschluß des Zentralausschusses in seiner letzten Sitzung sind inzwischen die gesetzlichen Bestimmungen über die Geschäftsaufsicht in der Richtung geändert worden, daß der mißbräuchlichen Anwendung ein Riegel vorgeschoben ist. Nach den Feststellungen der Reichsbank handelt es sich bei den Konturken, Zahlungseinstellungen und Geschäftsaufsichten der letzten Monate ganz überwiegend um Nachkriegsgründungen und von diesen wieder in der Hauptsache um Firmen, die in der Zeit der stärksten Inflation entstanden sind. Die Reichsbank wird wie bisher jeden Fall, wo sie um Hilfe in Kapitalnot angegangen wird, sorgfältig prüfen und, soweit es mit den währungspolitischen Interessen vereinbar ist, helfen, wie dieses auch in den vergangenen Wochen geschehen ist. Eine generelle Änderung der bisher befolgten Kreditpolitik kann indes vorläufig nicht in Aussicht genommen werden.

Auf die bevorstehenden Änderungen gemäß dem Dawes-Gutachten eingehend, teilte Schacht mit, daß die auf Grund des Sachverständigengutachtens zu errichtende Währungsbank die Reichsbank sein wird, die in einer den Vorschlägen der Experten entsprechenden Form weiterbestehen bleibt und für die, soweit sich bisher überlegen läßt, eine Zusammenlegung der Anteile im Verhältnis von 2:1 in Aussicht genommen werden kann. Das Mindestkapital der Reichsbank wird 300, das Höchstkapital 400 Millionen Goldmark sein, wobei die Anteilseigner der Goldbank ein gewisses Mitspracherecht für

Ihre Aktien in Reichsbankaktien erhalten sollen. Die Festlegung des Discontofusses der Reichsbank bleibt nach wie vor allein in den Händen des Reichsbankdirektoriums.

Der Deputierte des Zentralkomitees Dr. v. Schwabach erstattete dann das Gutachten des Zentralkomitees über die Bilanz und die Gewinnberechnung dahin, daß der Zentralkomitee nichts zu erinnern habe und mit der vorgeschlagenen Dividende von 10 Millionen Mark für je 1000 Mark Anteil sowie mit der im Gefegentwurf vorgeschlagenen Gewinnbeteiligung des Reiches in Höhe von 10,3 Trillionen Mark einverstanden sei.

Wirkungen der Kreditknappheit. Einen seltenen Fall konnte laut „Konfessionär“ das Berliner Handelsregister am 25. Juni

verzeichnen. In Abteilung B sind an diesem Tage keine Eintragungen erfolgt. In der Abteilung A waren erst kurz vor Dienstschluss einige Eintragungen angemeldet und der Abschluss für dieselben bei Dienstschluss noch nicht beendet, so daß die Registerakten nicht mehr eingesehen werden konnten. Die geringe Anzahl von handelsgerichtlichen Eintragungen folgt aus der allgemeinen Geldknappheit sowie aus den zurzeit herrschenden Gerichtsferien. Der Fall, daß gar keine Eintragungen mitgeteilt werden können, darf als einzig bezeichnet werden.

Deutschland der größte Abnehmer englischer Baumwollgarne. Der englische Export an Baumwollgarne hat laut „Legit-Week“ im Mai d. J. 18 029 100 lbs. (zu 453 Gramm) betragen (gegen 12 574 500 im Mai 1923). Der bei weitem größte Abnehmer ist Deutschland mit 6 803 900 lbs. (gegen nur 2 605 700 im Mai v. J.). Der zweitgrößte Abnehmer ist Holland mit 3 090 000 lbs. (gegen 2 225 800 l. B.) und an dritter Stelle steht die Schweiz mit 1 021 700 lbs. (gegen 495 000 im Mai 1923).

Schleppender Zahlungseingang und Mahnverfahren. Der Zentralverband des Deutschen Großhandels hat eine Eingabe an den Reichsjustizminister gerichtet, zur Behebung der Geldnot das Mahnverfahren zu beschleunigen, u. a. wird auch die Aufhebung der Gerichtsferien angeregt. Wie beschäftigt augenblicklich die Gerichte mit der Zahlungseintreibung sind, beweist die Mitteilung, daß bei einem Amtsgericht Berlin-Mitte im März etwa 6000, im April 11 000, im Mai 22 000 und in der ersten Hälfte des Monats Juni 12 000 Zahlungsbefehle ausgefertigt worden sind.

Theater
Lichtspiele
u. v.

Staats-Theater
Opernhaus
7 1/2 Uhr: Madame Butterfly
Opernhaus
am Königplatz
7 1/2 Uhr: Cavalier Rusticana — Bajazzo
Schauspielhaus
7 1/2 Uhr: Fest d. Handwerker / Gustav Morgen, Herr Fischer!
Schiller-Theater
7 1/2 Uhr: D. Stiftungsfest

Deutsch. Theater
Sommerplatzzeit
Einlass: 10 Uhr und 10 Minuten
Nur noch bis 30. Juni
8 Uhr
Mist-Globetrotter

Kammerspiele
Sommerplatzzeit
Einlass: 10 Uhr und 10 Minuten
8 Uhr
Salomons Schwiegerbräutigam

Gr. Schauspielhaus
7 1/2 Uhr:
Der Vogelhändler

8 Uhr: Trilanon-Th.
Somm.-Dir. R. Pirk
Bla Schwank
der Liebe
Oiga Limburg

Zum Linnemann:

Halb Zuder, halb Süßholz
Coerl Geld und schmeckt vorzüglich
i. H. Postung Strauß-Süßholz 10 Pf.
Schokolade in 1/2 Pf. Packen
Gründlich in Kakaoschalen, Drogen-
bereitungen und Speiseeis.

Große Volksoper im Theater des Westens
7 1/2 Uhr: Der Freischütz

NEUE WELT
Arnold Scholz, Hasenheide 108-114
Täglich:
Konzert u. Varieté-Vorstellung
jed. Mittwoch, Donnerstag, Sonn-
abend und Sonntag: Gr. Ball
Einl. wochentags 3 Uhr, abends 5 Uhr
Sonntags 2 Uhr, abends 4 Uhr

Volksbühne
7 1/2 Uhr: Schneid. Wibbel

Th. L. Admiralspalast
8 1/4 Uhr: Der Erlöb. d. Jähns
10 Monate
zusätzl. auf dem Spielplan
ist die große Revue
Dranter u. drüber
Deutsch. Opernhaus
7 1/2 Uhr:
zu ermäßigten Preisen
Carmen
Insimes Th. 8 Uhr:
Laul doch nicht
immer nackt herum
Crépe Georgette
Metropol-Theater
Premiere 7 1/2 Uhr:
Mascottchen
Operette von Walter Inama
mit Alice Hechy
Tribüne 8 Uhr:
Doktor Stieglitz
F. Lobe / P. Morgan
Thalia-Theater
8 Uhr: Prasquitta

Kleines Theat.
Tägl. 8 Uhr:
Kameraden
von Aug. Strindberg

Rose-Theater
8: D. Mustergatte
Gartenbühne 7 1/2, 1
Durch Dick u. Dünn

SOVA
8 Uhr:
Internat. Varieté
Sonntag 3.30 zu
halb. Preisen das
volle Programm

8 Oberbaumbrücke
Sonst. 10. Juli, 8 1/2, 12 u.
Zur Dampferfahrten
nach Waltersdorfer
Kleuse und Neu-
Heringsdorf. Reederei Kleck, Falcken-
steinstraße 98. Mpl. 8197.

DISCONTO-GESELLSCHAFT BERLIN

Der Geschäftsbericht für das Jahr 1923 ist erschienen und kann durch unser Archiv und unsere Niederlassungen auf mündliche oder schriftliche Anforderungen kostenlos bezogen werden.

Zahlreiche Zweigniederlassungen in Deutschland
Bankmäßige Geschäfte aller Art

DIE HEXE

VON BENJAMIN CHRISTENSEN
DER GROSSE SVENSKA-FILM DER UFA

DAS URTEIL DER BERLINER PRESSE

B. Z. am Mittag — 16. Oktober 1923:
... Der Versuch ist überraschend gut gelungen. Die Darstellung ist, wie sich das bei einem so fruchtbaren Thema von selbst versteht, sehr realistisch, aber frei von jeder Effekthascherei.

Berliner Börsen-Zeitung — 17. Oktober 1923:
... Es handelt sich hier um ein Werk von ganz besonderer Art. ... dieses mit einem hohen Maße technischen Könnens hergestellte, so völlig aus dem Rahmen fallende Werk...

Berliner Lokal-Anzeiger — 22. Oktober 1923:
... Es bedarf keiner Frage, daß dieser Film auch im großen Publikum auf stärksten Interesse stoßen würde, und daß seine weiteste Verbreitung mit allen Mitteln gefördert und unterstützt werden müßte.

Tagebuch — 27. Oktober 1923:
... Dieser Aufklärungsfilm durchbricht die Grenzen des Kulturfilms. Er ist verdienstlich, er ist notwendig.

Montagspost — 23. Juni 1924:
... Ein Aufklärungsfilm in der besten Bedeutung des Wortes. Ein wertvolles kulturgeschichtliches Dokument, ein in lebendigen Bildern vermittelter Exzerpt aus alten Schriften und gelehrten Werken, bei allem wissenschaftlichen Ernst mit dem Sinn für Publikumswirkung gestellt und zusammengestellt.

Neue Berliner 12 Uhr Mittagszeitung — 16. Oktober 1923:
... Prof. Max Sievogt, der sich den Film in kleinem Kreis mit ansah, bezeichnete die Bilder als „erschütternd echt“

8 Uhr Abendblatt — 21. Juni 1924:
... Diesen Film müssen auch die Gegner des Spielfilms zustimmen, die den Film nur zu erzieherischen, belehrenden Zwecken gönnen wollen; ihm müssen aber auch die zustimmen, die den Film allmählich der Kunst zuführen wollen. In anmutiger, unterhaltend-gelehrter Form dient hier der Film einer großen Sache, vielleicht der größten, die es unter Menschen gibt, nämlich Klarheit und Sicherheit in Verwirrung und Dunkel menschlichen Geistes zu bringen, trübe Gesinnungen und Handlung zu klären, den unter Vorurteilen Leidenden zu helfen und zu helfen auch denen, die in der Verblendung dieser Vorurteile sich zu ebenso dummen wie schändlichen Taten hinreißen lassen. Dieser kulturhistorische Film ist ein Werk der Humanität, der Aufklärung, der Bildung in künstlerischer, jedermann verständlicher Gestalt.

URAUFFÜHRUNG: MONTAG 1/2 9 UHR

UFA-PALAST AM ZOO

LUNAPARK

Sonnabend, Sonntag, Montag
wird
1 Auto
(viersitziger Cyklon-Phaethon der Schebers A.-G.) und
10 Motorräder
(Fabrikmarke Evans der R. Stock u. Co. A.-G.)
verschenkt.

Ausgabe der Geschenke: Montag, 30. Juni, abds. 10 1/2 Uhr.

Außerdem erhält jeder Geschenkeempfänger
Gratis-Fahrunterricht im Motordrom

Sonnabend und Sonntag:
Militärkonzert! Großes Feuerwerk!
Ab 3 Uhr voller Betrieb auf allen Attraktionen.
Eintritt 75 Pfennig
Montag: Berliner Massenchor (1000 Sänger)
Mittwoch: Großes Kinderfest im Lunapark

ULAP Vergnügungspark am Lehrter Bahnhof

verschenkt
am 30. Juni abends 10 Uhr
2 fabrikneue All-Automobile
1 herrschaftliches Speisezimmer
1 Motorrad — 1 Söranapparat

Jede Person, welche sich in den Tagen:
28., 29. oder am 30. Juni
eine Eintrittskarte für 65 Pf.
kauft, hat Aussicht, einen der obigen 5 Gegenstände
als Geschenk zu erhalten.

Täglich voller Betrieb
Sonntag: **Doppelkonzert, Riesenfeuerwerk**
Montag: **Geschenkarteilung**

Bilanz am 31. Dezember 1923

| Aktiva | Goldmark | Westlon | Goldmark |
|--|---------------|-------------------------|---------------|
| 1. An Kassenbestand | 9.05 | 1. Per Geschäftsanteile | 447.50 |
| 2. " Guthaben | 300 | 2. " Reservefonds | 50 |
| 3. " Materialkonto | 55 | 3. " Reingewinn | 11.55 |
| 4. " Inventarkonto | 74 | | |
| 5. " Geschäftsanteil b. d. Rohstoff-Ein- u. Betriebsgenossenschaft „Eintracht“ | 71 | | |
| G. G. m. B. H. | 700.05 | | 500.05 |

Der Mitgliederbestand betrug zu Anfang des Geschäftsjahres 20. Im Laufe des Geschäftsjahres schieden aus: Durch Ausschluss 6, durch Kündigung 3, durch Tod 1, zusammen 10. Mitgliederbestand bei Beginn des neuen Geschäftsjahres 20. Die Mitgliederbuchungen verzeichnet sich um 107 1/2 Papiermark. Die Darlehen verminderten sich um 11 000. Die Umlaufvermögen betragen zusammen 330 000.

Schuhmacher-Produktions-Gesellschaft 1920
Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.
Der Vorstand:
Carl Gonschaw, Carl Golz, Carl Gendrich, Hugo Erdenerger.
Vorstandende Mitsas haben wie gewöhnlich und mit den Büchern, Belegen, Waren- und Kassenbüchern übereinstimmend bezeugt.
Berlin, den 27. Juni 1924
Der Aufsichtsrat: J. R. Hermann Kriebel.

Ein grauer Kopf
macht 10 Jahre älter! Graue Haare erhalten die frühere Farbe wieder durch „Alcolor“.
In allen Farben 21. 22. 23. u. 25. In Braun, färbt bei Otto Reichel, Berlin 43 80, Alfridenstraße 4

GRUNEWALD-RENNBAHN

Heute, Sonnabend, den 28. Juni 1924

Sensationelles Riesenkunstfeuerwerk
der Brüder Pinto (Neapel), verbunden mit Feuerwerkspende, veranstaltet von der Berliner Sportpalast A. G.

Jeder Besucher kann durch **1 Speisezimmer, 1 Herrenzimmer, 1 Schlafzimmer.** seine Eintrittskarte erhalten von der Firma August J. Schulze, Berlin, Invalidenstr. 145. — Die Möbel sind bei der Firma ausgestellt.

25 Riesenfronten
Neueste in Berlin noch nie gesehene Schöpfung

Kasseneröffnung 6 Uhr
Konzertbeginn 7 Uhr
Ständiger Autobus-Verkehr
Extrazüge der Stadt-, Hoch- und Straßenbahn

3 große Militärkapellen
Volkstümliche Eintrittspreise

Das **Ereignis** am Dienstag den 1. Juli
erregt berechtigtes
Aufsehen! Auguste Münzer, Modellhaus, Markgrafstr. 28

Reichstag und Agrarkrise.

Der Reichstag gab gestern, Freitag, nach kurzer Debatte zunächst den mit Litauen und Estland abgeschlossenen Handelsverträgen und Abmachungen über den gegenseitigen Verzicht auf Entschädigung für die im Weltkrieg entstandenen Schäden in zweiter Lesung seine Zustimmung. — Sodann wird debattiert die Entscheidung des Geschäftsausschusses bestätigt, daß der kommunistische Abg. Schlichter sofort aus der Haft zu entlassen ist.

Es folgt die gemeinsame Beratung der von verschiedenen Fraktionen eingegangenen Interpellationen und Anträge über die Notlage der Landwirtschaft und des Weinbaues.

Abg. Schiele (Dnall.) begründet eine Interpellation, die verlangt, daß das Mißverhältnis beseitigt wird, das durch Maßnahmen der Gesetzgebung auf Zoll- und handelspolitischem Gebiet zwischen den Preisen für landwirtschaftliche Erzeugnisse und für landwirtschaftliche Bedarfsartikel jetzt schon lange wirksam sei. Deutschland befindet sich in akuter Lebensnot, vor allem die Landwirtschaft. Die Wurzeln des Übels liegen nicht allein in Versailles und London, sondern leider zum Teil in der falsch geleiteten eigenen Volkswirtschaft. Wenn weiter so rücksichtslos mit

Pfändungen gegen die Landwirte

vorgegangen wird, dann muß es zu Betriebsstillegungen kommen und die Ernte ist gefährdet. Der Finanzminister bringt zwar den Etat in Ordnung, aber die Wirtschaft stirbt dabei. Der Weinbau befindet sich in furchtbarem Notlage. Die exponierten Hypothekenschulden werden durch die Ueberbesteuerung und die ungünstige Preisgestaltung in der Landwirtschaft mehr als doppelt aufgewogen. Bei der Verteilung der Rentenmarktkredite schneidet die Landwirtschaft sehr schlecht ab. Während das ausländische Getreide 30 Proz. über dem Friedenspreis notiert, notiert das inländische 30 Proz. unter dem Friedenspreis. (Hört, hört!) Dabei hat die Spanne zwischen dem Erzeugerpreis und dem Kleinhandelspreis ist ungeheuer gestiegen. — Der Redner fordert Beseitigung der letzten Reste der Zwangswirtschaft. Die Reichsregierung müsse schleunigst die

Beseitigung der landwirtschaftlichen Produktionsmittel und eine Heranziehung der Landwirtschaft zur Gewerbesteuer verbieten.

für die gemeinschaftliche Belastung des einzelnen Steuerpflichtigen eine Höchstgrenze bestimmen und die Bewertung der der Landwirtschaft dienenden Grundstücke nach einheitlichen Grundätzen vornehmen. (Beifall rechts.)

Abg. Georg Schmidt-Röpenick (Soz.):

Die vorliegenden Anträge der bürgerlichen Parteien verlangen, daß die Preise der landwirtschaftlichen Produkte mit den Preisen der landwirtschaftlichen Produktionsmittel in Einklang gebracht werden sollen. Es müßte das Mißverhältnis beseitigt werden, das durch Maßnahmen der Gesetzgebung auf Zoll- und handelspolitischem Gebiet zwischen den Preisen für landwirtschaftliche Erzeugnisse und für landwirtschaftliche Bedarfsartikel besteht. Das heißt, daß also durch

Einführung von Schutzzöllen

für landwirtschaftliche Produkte dieses Ziel erreicht werden soll. Während man sonst allgemein den Preisabbau fordert, und zwar mit Recht, sollen nach dem Willen der bürgerlichen Parteien durch Einführung von Schutzzöllen die Preise der landwirtschaftlichen Produkte angehoben, das heißt erhöht werden. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Dadurch werden für die breite Masse des Volkes die Lebensbedingungen, die schon erheblich schlechter sind als vor dem Kriege, weiter verschlechtert werden. Die sozialdemokratische Fraktion lehnt ein solches Vorgehen ab. Wir sind der Auffassung, daß der auch von allen einschlägigen Kreisen der Wirtschaft geforderte Preisabbau herbeizuführen ist durch Beseitigung aller Zölle für industrielle Rohstoffe, ganz besonders der Eisenzölle. Auch das neue

Verlangen der Reichsregierung, die Tarifzölle um nicht weniger als 80 Proz. zu erhöhen.

lehnen wir ab. Wir sind auch nicht für eine Verlängerung der Ermächtigung an die Regierung auf zollpolitischem Gebiete. Dadurch, daß wir die Beseitigung der Industriezölle verlangen, wird eine Gleichstellung auf dem Zoll- und handelspolitischen Gebiete für die Landwirtschaft erzielt. Die Not der Landwirtschaft erkennen auch wir an. Es ist eine internationale Erscheinung, daß das Preisverhältnis zwischen Agrar- und Industrieerzeugnissen zu Ungunsten der landwirtschaftlichen Produkte überall verschoben hat. Die Tatsache, daß seit längerer Zeit die ausländischen Getreidepreise höher sind als die Preise für inländisches Getreide, beweist am besten, daß der Landwirtschaft durch Einführung von Zöllen auch nicht gebührt ist.

Die Krise, in der sich die landwirtschaftlichen Betriebe befinden, kann nicht gelöst werden durch eine einseitige Interessenspolitik. Die Agrarkrise ist eine Teilercheinung der großen Krise,

in der sich die gesamte Wirtschaft Deutschlands befindet. Ihre Lösung sehen wir mit in einer raschen Verabschiedung der Gesetze, die das von der Regierung und dem Reichstag angenommene Sachverständigen Gutachten notwendig macht. Wir befinden uns in dieser Beziehung in einem strikten Gegensatz zu dem Reichslandbund, der das Sachverständigen Gutachten ablehnt, während doch auch die Industrie bzw. deren Vertretung dem Sachverständigen Gutachten zustimmen. Der Reichslandbund verlangt aber gleichzeitig Kredite für die landwirtschaftlichen Betriebe, ohne positiv zu sagen, wie bei keiner ablehnenden Haltung gegenüber dem Sachverständigen Gutachten diese großen Anforderungen befriedigt werden sollen. Wir treten ein für langfristige Handelsverträge und sind der Auffassung, daß

die Einfuhrzölle aufzuheben

sind, ausgenommen bei der Einführung von Luxuswaren. Da in der agrarischen Presse, besonders der Landbundespresse, in bestimmter Form behauptet wird, daß die Regierung bezüglich der Einführung landwirtschaftlicher Schutzzölle weitgehende Vorbereitungen getroffen habe und auch diese Zölle einführen will, erwarten wir von der Regierung eine bestimmte Erklärung über ihre Stellungnahme. Bei der Beratung der Allgemeinbewirtschaftung der landwirtschaftlichen Produkte, besonders des Getreides, im verflochtenen Reichstage, haben wir wiederholt Maßnahmen von der Regierung verlangt und auch dementsprechende Anträge gestellt, die

den Weg der landwirtschaftlichen Produkte zum Konsumenten vereinfachen, um den Zwischenhandel, der zu einer erheblichen Verteuerung der Produkte führt, auszuschalten. Es muß die direkte Verbindung zwischen den landwirtschaftlichen Organisationen und den Konsumvereinen sowie den Stadtverwaltungen hergestellt werden.

Denn nur dadurch, daß die durch die Kriegswirtschaft so zahlreich emporgeschossenen Handelsunternehmungen auf das natürliche Maß zurückgeführt werden, kann das große Mißverhältnis zwischen den Preisen, die die Produzenten erhalten und die Konsumenten dafür bezahlen müssen, beseitigt werden.

Auch weisen wir darauf hin, daß schon 1920 vom preussischen Landwirtschaftsministerium Verhandlungen mit den landwirtschaftlichen Interessensvertretungen stattfanden, um den Austausch von künstlichem Dünger, besonders Stickstoff, an die Landwirte herbeizuführen. In Ausführung dieser Beschlüsse hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion entsprechende Anträge gestellt. Diese An-

träge wurden von den bürgerlichen Parteien leider abgelehnt, weil angeblich nur die freie Wirtschaft alles Heil bringen könne. Heute stellen wir fest, daß nun zwecks Beseitigung der Not der Landwirtschaft ähnliche Maßnahmen von den bürgerlichen Parteien verlangt werden, die doch in ihrer Auswirkung auch ein Eingreifen des Staates in die freie Wirtschaft sind. Bezüglich der Besteuerung der Landwirte betonen wir, daß die Landwirte entsprechend der notwendigen Allgemeinbelastung die gleichen Opfer zu übernehmen haben, wie es bei den anderen Berufsständen, ganz besonders der Arbeiter und Angestellten, der Fall ist. Wir erkennen an, daß die landwirtschaftlichen Betriebe mit einer Vielheit von Steuern überbürdet sind, die ganz besonders den kleinen und mittleren bäuerlichen Betrieben Schwierigkeiten bereiten. Wir bekämpfen auch die

ungerechte steuerliche Bewertung

des land- und forstwirtschaftlich benutzten Bodens, monach in der Praxis der Grundbesitz nicht so zur Steuer herangezogen wird als dies bei den bäuerlichen Betrieben der Fall ist. Diese seit Jahrzehnten bestehende ungerechte Belastung der klein- und mittelbäuerlichen Betriebe muß beseitigt werden. Wenn Sie (nach rechts) wollen, daß die Sozialdemokratie der Landwirtschaft noch mehr Interesse zuwendet... (Zuruf rechts: Wollen wir ja gar nicht! — Leb, hört, hört! links.) Die sozialdemokratische Fraktion ist der Auffassung, daß

eine einheitliche für das ganze Reich geltende Bodenwertsteuer für die landwirtschaftlichen Betriebe das zweckmäßigste

ist. Diese Bodenwertsteuer muß entsprechend den Grundätzen gestaltet werden, wie es bei der Grundwertsteuer im Lande Anhalt der Fall ist. Je größer der Grundbesitz, desto höher muß die Besteuerung sein, weil damit auch nach den bekannten Erfahrungen Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion erzielt wird, indem sich die Abwanderung des land- und forstwirtschaftlich zu nutzenden Bodens vom schlechten zum guten Landwirt vollzieht. Ferner unterstützen wir das Verlangen der Bauernvereine, daß diese zu allen Beratungen mit der Regierung in Steuerangelegenheiten um gleichberechtigt hinzugezogen werden. Selbstverständlich fordern wir, daß auch die Vertreter der gewerkschaftlichen Landarbeiterverbände hinzugezogen werden. Die

Gepflogenheit der Regierung, immer nur die Landbundesorganisationen als die Vertreter der Landwirtschaft zu betrachten,

bekämpfen wir ganz entschieden und erwarten von der Regierung, daß in dieser Beziehung eine Änderung eintritt. Auch unterstützen wir die Forderungen, daß die bäuerlichen Betriebe bzw. deren Vertretungen bei der Verteilung der Kredite mit gleichem Maße gemessen werden. Es muß der Regierung gelingen, die selbst von dem Landwirtschaftsminister in einer der letzten Sitzungen des früheren Reichstages in dieser Beziehung kritisierten Mißstände zu beseitigen. (Leb, Beifall b. d. Soz.)

Abg. Kerp (Ztr.) weist darauf hin, daß die Notlage der Landwirtschaft und des Weinbaues heute von keiner Seite bestritten werde. Die Landwirtschaft ist keine philanthropische Wohlthätigkeitseinrichtung, sondern ein wirtschaftliches Unternehmen. Der Redner geht dann auf die Not des Weinbaues ein. Der durch die Hebernte von 1923 verursachte Mißstand sei in letzter Zeit in verhängnisvoller Weise verstärkt worden durch die von der Reichsregierung geübte Praxis bei der Zulassung von Auslandweinen. Dem Weinbau müßten Sonderkredite gewährt werden, wenn er nicht zugrunde gehen soll. Die Reichsregierung sollte eine Weinkonferenz einberufen, um gemeinsam mit den Weinbauorganisationen ein einheitliches Aktionsprogramm zur Rettung des deutschen Weinbaues unverzüglich in die Wege zu leiten.

Abg. Hepp (D. Sp.) bezeichnet den Gegenstand der Aussprache als eine Lebensfrage der deutschen Wirtschaft und des deutschen Volkes. Das verarmte deutsche Volk könne sich auf die Dauer nicht eine große Lebensmitteleinfuhr aus dem Ausland leisten. Sonst würde auch die deutsche Währung wieder in Gefahr kommen. Darum muß alles getan werden, um die landwirtschaftliche Produktion zu heben und die deutsche Volksernährung möglichst durch inländische Produkte zu sichern. Die deutsche Landwirtschaft wird die Verluste der Vorkriege, einen Teil in ihre Reichen zu treiben, zurückweisen, sie ist einzig in ihrer Notlage. (Beifall rechts.) Der Redner begründet die Anträge seiner Fraktion, die verlangen: eine steuerlich einheitliche Bewertung des landwirtschaftlichen Besitzes in Reich, Ländern und Gemeinden, ausreichende Zölle auf ausländische Weine, Steuerersatz, zinslose Steuerstundung, bevorzugte Kreditverehrung für den notleidenden Weinbau, Ermäßigung der Umsatzsteuer, zinslose Steuerstundung für Landwirte, Aufhebung der bisher für ausländische landwirtschaftliche Produkte zugestandenen Umsatzsteuerbefreiung.

Abg. Schliephake (Nat.-Soz.) betont die Notwendigkeit des Schutzes der deutschen Landwirtschaft im östlichen Interesse. Schon der Nationalsozialist auf dem preussischen Throne, Friedrich der Große (große Heiterkeit), habe auch gesagt, daß wahrer Reichtum nur auf der Arbeit der Landwirtschaft beruhe.

Reichsernährungsminister Graf v. Kanitz:

Im Namen der Reichsregierung habe ich folgende Erklärung abzugeben:

Die Reichsregierung anerkennt die furchtbare Notlage der Landwirtschaft und ihrer Nebengewerbe und macht sich die in den verschiedenen landwirtschaftlichen Interpellationen zum Ausdruck gekommene Auffassung über die Mißstände mit wenigen Einschränkungen zu eigen. Die Reichsregierung nimmt zu den einzelnen Hauptpunkten der vorliegenden Interpellationen folgende Stellung ein.

1. Kreditnot und Abhilfe.

Die Reichsbank hat mit erheblichen Krediten den Frühjahrsbedarf der Landwirtschaft zu decken versucht. Sie hat dies in einem Umfange getan wie nie zuvor und wie es über den Rahmen eines Währungsinstituts wesentlich hinausgeht. Die Rückzahlung dieser in Wechselform gegebenen Kredite wird nicht mit der Promptheit möglich sein, die eine Währungsbank voraussetzen muß. Schon hieraus ergibt sich, daß die Reichsbank in der bisherigen Art der landwirtschaftlichen Kreditgebung nicht wesentlich weitergehen kann. Auch ist die Form des Wechselkredits für die Landwirtschaft grundsätzlich bedenklich. Die Landwirtschaft bedarf des Realkredits zwecks Abwicklung des bisher von der Reichsbank gegebenen Wechselkredits sowie zur weiteren Produktionssteigerung der Landwirtschaft; zweitens als dringende Aufgabe die Finanzierung der unmittelbar bevorstehenden Erntearbeiten. Für die zu lösenden Finanzierungsaufgaben erstreckt die Reichsregierung die Rückzahlung der Rentenbank, die als Währungsbank nach dem Dawes-Gutachten zu bestehen aufhört, aber für den landwirtschaftlichen Kredit durch die vorhandene landwirtschaftliche Grundschuldbelastung nutzbar gemacht werden kann. Die Besprechungen über diesen Vorschlag sind noch im Gange.

Darüber hinaus wird die Frage geprüft, inwieweit die Gelder öffentlicher Versicherungsunternehmungen und Anstalten für die Anlage in landwirtschaftlichen Hypotheken herangezogen werden können. Endlich hat auch die Reichsbank sich bereit erklärt, auch weiterhin die üblichen kurzfristigen landwirtschaftlichen Warenwechsel zu diskontieren, wie dies auch im Frieden geschehen ist.

Es wird nötig sein, diese aus unserer jetzigen Wirtschaftslage in Verbindung mit dem Dawes-Gutachten sich ergebenden finanzpolitischen Aktionen so schnell als möglich durchzuführen.

Wenn die einschlägigen Gesetze schnellstens erledigt werden und somit die Ermächtigung für finanzielle Erleichterungen sichergestellt ist, so wird sich, wie die Reichsregierung auf Grund von Verhandlungen mit der Reichsbank erwartet, die Möglichkeit bieten, noch einmal Mittel der Reichsbank für eine Finanzierung der diesjährigen Ernte im Hinblick darauf zu erhalten, daß die Finanzierung aus den vorgezeichneten finanziellen Maßnahmen zu einem nachteiligen Termin in Aussicht steht. Des weiteren wird eine schnelle Regelung des Sachverständigen-Gutachtens den Weg öffnen, unter Umständen Auslandskredite für die deutsche Landwirtschaft heranzuziehen, wenn auch vor übertriebenen Erwartungen auf diesem Gebiet gewarnt werden muß.

2. Steuern.

Der Reichsminister der Finanzen hat die Finanzämter wiederholt angewiesen, beim Vollzug der Steuergesetze und namentlich bei der Stundung und Verdrückung von Steuern mit wirtschaftlichem Verständnis zu verfahren. Eine generelle Stundung sämtlicher Steuern ist nicht möglich, da eine solche naturgemäß das ganze Gebüde der Reichs- und Staatsfinanzen völlig erschüttern würde. Auf dem Gebiete der Einzelsteuern sind die Finanzämter angewiesen, den Landwirten die Erbschaftsteuer bis zum Herbst zu stunden, wenn es sich um erhebliche Beträge handelt und gegenwärtig keine Mittel zur Bezahlung flüssig gemacht werden können. Die Einkommensteuervorauszahlungen und die Vermögenssteuer sollen im Einzelfalle auf Antrag gestundet werden, wenn flüssige Mittel nicht vorhanden sind und die Veräußerung von Betriebsmitteln die Aufrechterhaltung des Betriebes gefährden würden, oder Betriebsmittel zu Schleuderpreisen veräußert werden müßten, die dem Steuerpflichtigen billigerweise und unter Berücksichtigung des Zweckes und der Höhe der Steuer nicht zugemutet werden können. Der Reichsminister der Finanzen ist bereit, mit der Vertretung der Landwirtschaft die Frage erneut zu erörtern, inwieweit der Nachweis über das Vorliegen der letzteren Voraussetzung erleichtert werden kann. Zum Zwecke der Beseitigung des Wehrbeitrags haben eingehende Verhandlungen mit den landwirtschaftlichen Organisationen, sowohl durch das Reichsfinanzministerium selbst, als durch die Landesfinanzämter und Finanzämter stattgefunden. Das Ergebnis dieser Verhandlungen wird nach Auffassung des Reichsfinanzministeriums sein, daß eine gewisse Gleichmäßigkeit der Wehrbeitragswerte im ganzen Reich eintritt, und daß im allgemeinen trotz aller gegenteiligen Behauptungen im Durchschnitt eine nicht unerhebliche Senkung der ursprünglichen Wehrbeitragswerte erfolgt. Die berechtigten Wehrbeitragswerte werden weiterhin durch Abschläge bis zu 40 Proz. gemindert. Insbesondere ist, wie sich nach Mitteilung des Reichsfinanzministeriums tabellarisch darlegen läßt, das Ziel erreicht, für die verschiedenen Ertragsklassen und innerhalb derselben die Steuerbelastung in gerechter Weise abzustufen. Dabei sind auch die Ungleichheiten, die sich aus der durchschnittlich höheren Bewertung des kleinen Grundbesitzes gegenüber dem Großgrundbesitz ergeben, weitgehend ausgeglichen worden. Die Berücksichtigung der Hochwasserfäden, sowie der Auswinterungsschäden bei der Steuererhebung ist schon im Rahmen der allgemeinen Stundungsbestimmungen möglich. Gleichwohl ist auf besondere Anträge noch durch besondere Erlasse hingewiesen worden. (Beifall.)

Was die steuerliche Behandlung des Weinbaues anlangt, so gilt im allgemeinen das bereits für die Landwirtschaft Gesagte. Hinsichtlich der Einkommensteuer-Abschlagszahlungen für 1923 und der Einkommensteuer-Vorauszahlungen für 1924 ist der wirtschaftlichen Notlage der Winzer durch weitgehende Herabsetzung und Ermäßigung Rechnung getragen worden. Für die Berücksichtigung der Wehrbeitragswerte der Winzer ist es hinsichtlich der Ertragsklasseneinteilungen mit den Vertretern der Winzerorganisationen zu einer Einigung gekommen. Die Möglichkeit erhöhter Abschläge von diesen Werten für notleidende Winzer ist gegeben; es wird auch davon Gebrauch gemacht.

3. Erzeuger- und Ladepreise.

Die zum Teil noch unverhältnismäßig hohe Spanne zwischen Erzeuger- und Ladepreisen bildet Gegenstand der ständigen Sorge und der ständigen Einflüsse auf die Beteiligten seitens der Reichsregierung. Dieses Mißverhältnis ist jedoch zum großen Teil bedingt durch die allgemeine Ungunst der wirtschaftlichen Lage, wie z. B. Schwierigkeiten der Kreditbeschaffung, Steuerdruck, mangelnder Umsatz u. a. m. Reichhaltig wird sich infolgedessen der mit Recht allseitig gerügte Mißstand erst bei einer allgemeinen Erleichterung der wirtschaftlichen Lage heben lassen.

4. Erzeugerpreise und Preise für Produktionsmittel.

Während die Preise für landwirtschaftliche Produkte durchweg in einem geradezu bedenklichen Maße unter den Friedenspreisen liegen, sind die Produktionsmittel immer noch erheblich teurer als im Frieden. Die Gründe hierfür sind zu suchen einerseits im allgemeinen Dornierliegen derjenigen Industriezweige, welche landwirtschaftliche Produktionsmittel erzeugen, zum anderen aber in dem unerträglichen Druck, welcher infolge der Ricard-Verträge auf den industriellen Upprodukten liegt. Erst nach Bereinigung der außenpolitischen Atmosphäre durch eine Einigung über das Sachverständigen Gutachten dürfte es möglich sein, der für die landwirtschaftlichen Produktionsmittel in Betracht kommenden Industrie die ausländischen Kredite zuzuführen, welche sie in die Lage setzt, wieder zu leidlich normalen Preisen zu produzieren.

5. Tarifpolitisch.

Die Wünsche der Landwirtschaft auf Herabsetzung der Eisenbahngütertarife für landwirtschaftliche Produkte und landwirtschaftliche Produktionsmittel bilden den Gegenstand erneuter Beratungen zwischen den beteiligten Reichsressorts. Diese Wünsche sind in letzter Zeit besonders dringlich geworden im Hinblick auf die infolge der Auswinterungsschäden hervorretene akute Notlage. Seitens der besonders geschädigten Gegenden werden Frachtermäßigungen für die Beförderung von Saatgut und künstlichen Düngemitteln für die kommende Herbstbestellung gefordert. Ob und inwieweit diesen Wünschen seitens der Reichsverkehrsverwaltung Rechnung getragen werden kann, läßt sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt der schwebenden Verhandlungen noch nicht übersehen. Inwiefern sich die Reichsregierung darüber klar, daß auch diese Fragen geklärt werden müssen.

6. Weinbau.

Bei der Zollbehandlung der aus dem Ausland in das besetzte Gebiet eingeführten Weine muß für das Vorgehen der Reichsregierung oberste Richtschnur der Grundbesitz bleiben, daß das besetzte Gebiet, wenn auch die Ausübung der Zollhoheit noch angeblich dem Reiche entzogen ist, nicht Zollausland ist, sondern nach wie vor ein Teil des deutschen Zollgebietes bildet. Ueber die Folgerungen, die sich aus diesem Grundsatze ergeben, wird zweckmäßig bei der Behandlung der vorliegenden, die Notlage des Weinbaues betreffenden Interpellationen im Ausschuss zu sprechen sein. Hier wird ein Vorschlag unterbreitet werden, von dem anzunehmen ist, daß er geeignet ist, wenigstens den größten Mißständen zu begegnen.

7. Ausfuhrerleichterungen.

In der Erkenntnis, daß dem zurzeit in höchster Krise sich befindenden Reichsstand, soweit es die mißlichen allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse überhaupt zulassen, alle erdenklichen Er-

